

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

MONATLICHES E-PAPER

2021 07

KOLONIALES ERBE
Überholte Machtstruktu-
ren prägen internationale
Zusammenarbeit weiterhin

COVID-19
WHO-Panel zieht
Lehren aus Erfahrungen
mit der Pandemie

MAKROÖKONOMIE
Zentralbanken achten
in wachsendem Maße
auf Klimarisiken

Prosperierende Mittelschichten



Magazin

Interview mit Genesis Ehimegbe: Plastikmüll-Recycling in der Elfenbeinküste | Adrian Schlegel et al.: EZ-Institutionen müssen sich mit eigener Arbeitsweise kritisch auseinandersetzen | Rishikesh Thapa: Digitale Technik verändert globale Machtverhältnisse | Hans Dembowski: WHO-Evaluation zieht Lehren aus Pandemie | Thuany Rodrigues: Brasiliens Gesundheitssystem ist von Covid-19 überfordert | Lawrence Kilimwiko: Erwachsenenalphabetisierung in Tansania | Kolumne Heutzutage von Moutaz Ali: Fake News über Corona in Libyen | Impressum

4

Debatte

José Siaba Serrate: Zentralbanken achten auf Klimarisiken | Lily Shrestha und Bandana Shakya: Ökologische Doppelkrise belastet Himalaja und Hindukusch | Mireille Kanyange: Normalisierung der Beziehungen zwischen Ruanda und Burundi | Hans Dembowski: G7-Beschlüsse reichen nicht

13

Schwerpunkt: Prosperierende Mittelschichten



INTERVIEW MIT HOMI KHARAS

Langfristig expandieren Mittelschichten in Entwicklungsländern

18

NDONGO SAMBA SYLLA

Afrikanische Länder brauchen für mehr Prosperität grundlegende Reformen

21

HENNING MELBER

Afrika hat keine homogene, fortschrittliche und schnell wachsende Mittelschicht

23

BEN EZEAMALU

Aus Nigeria wollen Mittelschichtsangehörige auswandern

25

INTERVIEW MIT DUNCAN GREEN

Ökonomisches Denken ändert sich zugunsten von mehr Staatsinterventionismus

26

MAHWISH GUL

Westliche Konsumgewohnheiten sind umweltschädlich

28

KARIM OKANLA

Wirtschaftskrise trifft Benins Mittelschicht hart

30

RUKAMANEE MAHARJAN

Kastendenken und schwache Konjunktur bremsen in Nepal die Wohlstandsentwicklung

31

MAREN VAN TREEL UND RISHIKESH THAPA

Fachliteratur: Statistiken zu Armut und Wohlstand

33

SCHWERPUNKT

Prosperierende Mittelschichten

Entwicklungschancen

Erstmals in der Geschichte gehört ein Großteil der Weltbevölkerung der Mittelschicht an. Obwohl diese aufgrund der Corona-Pandemie zeitweilig langsamer wuchs, erwartet Homi Kharas von der Brookings Institution in Washington, dass es bald wieder bergauf geht. Warum das wichtig ist, erklärt er im E+Z/D+C-Interview.

SEITE 18

Mythen und Wirklichkeit

Solange es in Ländern Afrikas an menschenwürdigen Arbeitsplätzen, einer gerechten Einkommensverteilung und sozialer Sicherung fehlt, kann sich keine stabile Mittelschicht etablieren, urteilt Ndongo Samba Sylla vom Dakar-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der deutsch-namibische Politikwissenschaftler Henning Melber sieht das ähnlich – und beanstandet, der Begriff Mittelschicht sei nebulös. Mancherorts möchten große Teile der Mittelschicht sogar auswandern – etwa aus Nigeria, wo wachsende Armut das zentrale Thema ist. Das berichtet Ben Ezeamalu von der Premium Times in Lagos.

SEITEN 21, 23, 25

Unerfüllte Versprechen

Duncan Green von Oxfam stellt im E+Z/D+C-Interview fest, dass Wachstum allein keine Mittelschichten schafft, weil auch gesellschaftliche Institutionen wichtig sind. Das ist entwicklungs- politisch relevant.

SEITE 26

Nicht nachhaltig

Westliche Gesellschaften sind auf Konsum ausgelegt. Es geht dabei mehr um die Befriedigung von aktuellen Wünschen als um Grundbedürfnisse. In Entwicklungs- und Schwellenländern steigt die Kaufkraft und damit auch der Konsum. Das westliche Modell ist jedoch nicht nachhaltig – vor allem nicht, wenn es weltweit nachgeahmt wird, warnt die pakistanische Entwicklungsberaterin Mahwish Gul. In Benin haben indessen Menschen, die bis vor Kurzem zur Mittelschicht zählten, ihren Wohlstand wieder eingebüßt. Das schreibt der Medien- dozent Karim Okanla.

SEITEN 28, 30

Getrübe Aussichten

In Nepal trüben Covid-19 und die schwache Konjunktur die Aussichten. Zudem bleibt tiefverwurzeltes Kastendenken ein Entwicklungshemmnis, urteilt die Juristin Rukamane Maharjan von der Tribhuvan-Universität in Kathmandu.

SEITE 31

Die Grundlagen von breitem Wohlstand

Hochentwickelte Industrieländer zeichnen sich durch breite Mittelschichten aus. Deren Angehörige sind wohlhabend genug, sich im Alltag kaum Sorgen um Morgen machen zu müssen, aber nicht reich genug, um ohne Erwerbsarbeit auskommen zu können. Dank vielfältiger Wahlmöglichkeiten (Bildung, Beruf, Wohnort) können sie ihr Leben individuell gestalten.

Mittelschichten sind tragende Säulen sozialer Sicherungssysteme, auf denen allerdings auch die Stabilität des eigenen Lebensstandards beruht. Gesetzliche Krankenversicherung und Rente sorgen dafür, dass pflegebedürftige Angehörige nicht ganze Familien wieder in die Armut reißen. Staatliche Schulen und Hochschulen machen Bildung erschwinglich. Wichtig ist auch öffentliche Infrastruktur von zuverlässigen Wasser- und Stromversorgung über Verkehrs- und Telekommunikationsnetze bis hin zu Kulturangeboten wie Stadtbüchereien. Sozialwohnungsbau half zudem bei der Sanierung von Elendsvierteln.

Ohne Wirtschaftswachstum wäre all das nicht möglich, aber breiter Wohlstand in Europa und Nordamerika beruht nicht nur auf hohen Expansionsraten der Vergangenheit. Mittelschichten sind entstanden und gewachsen, weil Politiker gesellschaftliche Konflikte entschärften. Ein frühes Vorbild war die Sozialpolitik Otto von Bismarcks Ende des 19. Jahrhunderts im Deutschen Kaiserreich. Langfristig verwandelten gesellschaftspolitische Reformen die deutsche Arbeiterbewegung vom Antagonisten des Staates zur Interessenvertretung innerhalb der Verfassungsordnung. Wer regulär beschäftigt ist, gehört heute zur Mittelschicht. Das gilt ähnlich für andere hochentwickelte Länder.

Weltweit ist die Zahl der Menschen, die über den morgigen Tag hinaus denken können, weil ihnen kein akuter Hunger droht, seit Jahrzehnten gestiegen. Vor 50 Jahren war grob ein Drittel der Weltbevölkerung in diesem Sinne arm, heute ist es etwa ein Zehntel. Derzeit hat sich die Weltbevölkerung von rund 3 Milliarden auf fast 8 Milliarden mehr als verdoppelt.

Höhere Kaufkraft hat in vielen Ländern – besonders in Städten – Lebensgewohnheiten verändert. Folglich sprechen Experten vom Wachstum der Mittelschichten. Manche versprechen sich davon zwei Dinge: Erstens sollen aufstrebende Mittelschichten eigenen Wohlstand mehr und damit neue volkswirtschaftliche Chancen schaffen. Zweitens sollen sie Mitsprache fordern und mithin Demokratisierung vorantreiben und Demokratien stabilisieren.

Theoretisch ist das plausibel, aber in der Praxis läuft es nicht automatisch so. Zwei Dinge werden gern übersehen:

- Außer Kaufkraft erfordert der Lebensstil von Mittelschichten diverse Institutionen. Im informellen Sektor entsteht, selbst wenn die Bezahlung ein bisschen besser wird, kein breiter, abgesicherter Wohlstand.
- Selbstloses Engagement für Demokratie kommt in Mittelschichten vor. Die Bereitschaft, sich in bestehenden Verhältnissen zu arrangieren, ist aber meist größer – zumal, wenn es der eigenen Familie gut geht.

Die globale Umweltkrise zeigt obendrein, dass sich das westliche Modell nicht weltweit kopieren lässt. International fehlt es an Vorbildern für nachhaltige Konsumgewohnheiten, mit denen sich Armut global überwinden ließe. Der Handlungsbedarf in reichen Nationen ist entsprechend groß, wenn die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) erreicht werden sollen.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Magazin



Gewinn und zufriedene Mitarbeiter

Coliba ist ein junges Unternehmen im formellen Sektor, das sich auf Kunststoff-Recycling in Abidjan in der Elfenbeinküste spezialisiert hat. Geschäftsführer Genesis Ehimegbe erklärt sein Geschäftsmodell Ron Ssegujja Ssekandi im E+Z/D+C Interview. Neben Umweltaspekten und Profitabilität geht es Coliba auch um gute Arbeitsbedingungen.

SEITE 4

Überlastetes System

Brasiliens öffentliches Gesundheitssystem hat vor zehn Jahren bei der Bekämpfung der H1N1-Pandemie (Schweinegrippe) gezeigt, dass es ein umfassendes nationales Impfprogramm auf den Weg bringen kann. Bei der Einführung des Covid-19-Impfstoffs gelingt dies aber nicht, erklärt die Journalistin Thuany Rodrigues.

SEITE 9

Debatte



Partner für Klimaneutralität

Die Zentralbanken beachten in zunehmendem Maße Klimarisiken. Sie müssen sicherstellen, dass die Finanzwirtschaft ökologisch nachhaltige Businesskonzepte mit Kapital versorgt. Und die Privatwirtschaft braucht Berechenbarkeit, um die Transformation zur Klimaneutralität stemmen zu können, betont der Ökonom José Siaba Serrate von der Universität Buenos Aires.

SEITE 13



Mitarbeiterinnen von Coliba in der Recyclinganlage.

PLASTIK

Gewinn und Mitarbeiterwohl

Coliba ist ein junges Unternehmen im formellen Sektor, das sich auf Kunststoff-Recycling in Abidjan in der Elfenbeinküste spezialisiert hat. Einer ihrer Topmanager erklärt das Geschäftsmodell im E+Z/D+C-Interview.

Genesis Ehimegbe im Interview mit Ron Ssegujja Ssekandi

Inwiefern ist Plastikmüll ein Problem in Ihrem Land?

Die Elfenbeinküste recycelt nur etwa drei Prozent des verwendeten Plastiks. Im Ballungsraum Abidjan mit mehr als fünf Millionen Einwohnern fallen täglich 290 Tonnen Plastikmüll an und landet fast komplett in der Umwelt. Er ist überall, auch im Ozean. Bisher wird das Problem kaum angegangen. Doch auch in Afrika wächst trotz vieler anderer Probleme langsam das Bewusstsein für Umweltschutz. Wir sehen die Chance, gute Arbeitsplätze für Menschen benachteiligter Gemeinschaften zu schaffen.

Was macht Ihr Unternehmen?

Wir haben eine App entwickelt, die Haushalte und kleine Unternehmen mit unseren Abfallsammlern verbindet. Für das Sammeln des Plastikmülls erhalten die Haushalte

Punkte, die sie wiederum für Grundnahrungsmittel eintauschen können. Die informellen Sammler werden bezahlt. Jährlich kommen wir auf 1500 Tonnen. In unserer Recycling-Anlage wandeln wir das gesammelte PET in hochwertige Plastik-Flakes um, die wieder für die Kunststoffherstellung genutzt werden. Der afrikanische Markt ist noch klein, also verkaufen wir die Flakes an europäische Kunden. Wir schützen nicht nur die Umwelt, sondern schaffen auch Arbeitsplätze. Derzeit haben wir 35 Vollzeitmitarbeiter, inklusive Management und Personal der Recycling-Anlage. 75 Prozent unserer Mitarbeiter sind Frauen. Außerdem bieten wir mehr als 100, meist weiblichen Abfallsammlern Arbeit. Für viele Menschen hier ist informelles Abfallsammeln die Lebensgrundlage. Wir glauben, dass ein Unternehmen sich um seine Mitarbeiter kümmern muss, deshalb tun wir unser Bestes, um Gewinn und Mitarbeiterwohl in Einklang zu bringen.

Schreibt Coliba schwarze Zahlen? Und wo sehen Sie Ihr Unternehmen in fünf Jahren?

Bis 2023 wollen wir schwarze Zahlen schreiben. Unser Gesamtumsatz liegt derzeit unter einer Million Euro pro Jahr. Um ein Recycling-Unternehmen profitabel zu machen,

werden riesige Mengen an Kunststoff benötigt. Wir investieren in Müllsammlung und eine neue Recycling-Anlage, um in vier Jahren 15000 Tonnen verarbeiten zu können. Dann wollen wir 350 Festangestellte und 6000 informelle Abfallsammler beschäftigen. Darüber hinaus planen wir, unser Geschäft auf andere westafrikanische Länder wie Senegal oder Nigeria auszudehnen.

Kunststoff-Recycling ist schwierig. Da verschiedene Kunststoffarten immer wieder gemischt werden, sinkt im Laufe der Zeit die Qualität. Wie gehen Sie damit um?

Richtig, die Qualität von recyceltem Kunststoff hängt hauptsächlich von guter Sortierung ab. Deshalb sammeln wir direkt an der Quelle. Außerdem schulen wir informelle Sammler darin, Müll besser zu trennen. Mit optischen Sortiermaschinen könnten wir einen Großteil dieses Problems lösen. Wir konzentrieren uns auf PET-, HDPE-, PP- und PE-Kunststoffe, da diese recyclebar und weniger giftig sind.

Wie schützen Sie Mitarbeiter und Müllsammler vor Gift und Hygienemängeln?

Die Sicherheit unserer Mitarbeiter ist sehr wichtig. Wir kennen die Risiken, deshalb stellen wir Schutzausrüstung wie Handschuhe und Masken sowie Seife zur Verfügung. Das ist Standard in unserer Recycling-Anlage und gilt auch für die Müllsammler. In der Corona-Pandemie ist das noch wichtiger geworden. Wir hätten es uns nicht leisten können zu schließen, und Homeoffice ist für Abfallsammler und im Recycling keine Option. Nur zehn unserer Mitarbeiter können von zu Hause arbeiten. Darauf haben wir auch bestanden. Die Pandemie hat uns aber ein Stück weit gebremst. Viele Restaurants und Hotels, die Plastikmüll produzieren, waren geschlossen. Gleichzeitig bekamen wir weniger Abfall aus Haushalten und Privatunternehmen, weil die Leute zögerten, Fremde in ihre privaten Räume zu lassen.



GENESIS EHIMEGBE
ist Mitgründer und Geschäftsführer von Coliba. Das Unternehmen wird von Greentec unterstützt, einem

Frankfurter Investmentfonds, der sich auf umweltfreundliche Unternehmen in Entwicklungsländern spezialisiert hat.

genesis@coliba.ci

Twitter: [ehi_genesis](#) / [ColibaCIV](#)



Viele westliche Mächte engagieren sich in ihren ehemaligen Kolonien und verfolgen dabei auch geopolitische Interessen: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron trifft im Juni 2020 zum Gipfel der Regionalorganisation G5 Sahel in Nouakchott, der Hauptstadt von Mauretanien, ein.

SELBSTANALYSE

Postkoloniale Perspektiven ernst nehmen

Kolonial geprägte Machtstrukturen spielen auch in der internationalen Zusammenarbeit eine Rolle. Kritik daran gibt es seit langem, fand bisher aber kaum Berücksichtigung. Damit sich das ändert, müssen Institutionen eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeitsweise intern verankern.

Von Myriell Fußer, Adrian Schlegel, Tanja Matheis, Julia Fritzsche und Florian Vitello

Seit Jahrzehnten gibt es Kritik an Entwicklungszusammenarbeit aus postkolonialen und Post-Development-Perspektiven. Trotzdem hat sich wenig bewegt. Wer die Analysen aus dem Werk „The Development Dictionary“ von 1992 mit denen aus seinem Nachfolgewerk von 2019 vergleicht, gewinnt

den Eindruck, dass sich an vielen kolonial geprägten Machtstrukturen kaum etwas geändert hat.

Eine gängige Erwiderung besteht darin, die Anmerkungen zu Ungleichheiten in der Kooperation seien zwar richtig, aber zu abstrakt und zu weit entfernt von der täglichen Arbeit. Seit Jahren gibt es viele Bemühungen, hier Brücken zu schlagen. Berechtigte Kritik aus postkolonialen und Post-Development-Theorien muss dringend ernst genommen werden.

Entwicklungszusammenarbeit hat nicht zuletzt das Ziel, soziale Ungleichheiten und Marginalisierung zu bekämpfen. Daher müssen diskriminierende Strukturen in der Kooperation abgebaut werden. Wir sind überzeugt davon, dass eine Abkehr von der kolonial gewachsenen Idee von „Ent-

wicklung“, wie unlängst von Aram Ziai und Julia Schöneberg gefordert (siehe ihren Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/09), notwendig ist. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass es für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Zukunft ein starkes globales Netzwerk braucht, das Wissensaustausch und Solidarität ermöglicht.

KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG

Ungleichheiten innerhalb von Strukturen und Prozessen der globalen Zusammenarbeit müssen abgebaut werden. Dies setzt einen kritischen Umgang mit historisch gewachsenen Machtstrukturen voraus. Postkoloniale Ansätze weisen darauf hin, dass koloniale Denkmuster weiterhin wirtschaftliche Ausbeutungsverhältnisse stützen. Außerdem beeinflussen sie – aufgrund geopolitischer Interessen – internationales Eingreifen in Konflikte und unterdrücken nichteurozentrisches Wissen.

Organisationen müssen deshalb eine kontinuierliche Reflexion sicherstellen und Wandel ermutigen. Dabei ist zentral, dass eine solche Arbeit in globalen Netzwerken funktioniert, in denen die Repräsentation und Anerkennung von Stimmen aus dem

Globalen Süden garantiert ist. Hier könnten die neu geschaffenen Netzwerke des Global Tapestry of Alternatives, des Global Partnership Network oder der EU COST Action Decolonising Development in den nächsten Jahren gute Beispiele liefern.

Institutioneller Rassismus ist ein wesentlicher Bestandteil der ungleichen Machtstrukturen und muss deshalb konsequent angegangen werden, etwa durch regelmäßige Anti-Rassismus-Trainings. In Deutschland werden bereits freiwillige Workshops zum Beispiel in der Akademie für Internationale Zusammenarbeit oder vom bildungspolitischen Verein global e. V. angeboten.

PARTNERSCHAFTLICHER AUSTAUSCH

Die Reflexion globaler Machtstrukturen muss strukturellen Wandel nach sich ziehen. Die Devise „think globally, act locally“ sollte in der Entwicklungszusammenarbeit mehr Anwendung finden. Anstatt weiße Experten in Länder zu schicken, die kulturelle, soziale und politische Dynamiken weitaus schlechter kennen als Menschen vor Ort, sollte ein System etabliert werden, das auf Kooperationen mit selbstinitiierten Projekten setzt. Das Wissen und die Ziele von Akteuren der lokalen Zivilgesellschaft können somit in Projekten genutzt werden.

In der zivilen Konfliktbearbeitung werden solche Ansätze bereits umgesetzt. Beispielsweise unterstützt die Friedens- und Menschenrechtsorganisation Peace Brigades International Menschenrechtsverteidiger in Krisenregionen durch internationale Präsenz, unter anderem nach dem Prinzip der Nichteinmischung. Sie führt Projekte nur durch, wenn diese von lokalen Akteuren angefragt werden und mit den eigenen Leitlinien übereinstimmen.

Gleichzeitig müssen in einem oft undurchsichtigen internationalen Mosaik aus rechtlichen Grundlagen und politischen Zuständigkeiten Transparenz und Rechenschaft mehr Bedeutung gewinnen. Konkret bedeutet das den Ausbau von Informationsinfrastruktur, die ausführliche Daten zu Projekten leicht zugänglich macht. Zudem sollten Rechenschaftsmechanismen eingeführt werden, die über Ländergrenzen hinweg Gerechtigkeit garantieren. Ein Beispiel für einen solchen Mechanismus ist das World Bank Inspection Panel. Trotz der Kritik, nicht barrierefrei zu sein, hat es Beden-

ken von Betroffenen Gehör verschafft und zu einer sensibleren Gestaltung von Projekten beigetragen.

GUT IN PLANETAREN GRENZEN LEBEN

In Zeiten der Klimakrise weisen postkoloniale Perspektiven darauf hin, dass eine nachhaltige und gerechte Transformation des globalen Wirtschaftssystems notwendig ist. So wird beispielsweise der wirtschaftliche Erfolg eines Landes oder einer Region weithin mit Kennzahlen bewertet, die die begrenzten Ressourcen der Erde nicht berücksichtigen. Die Definition „planetarer Grenzen“ auf Basis von Berechnungen des Stockholm Resilience Centre zeigt eindrucksvoll, dass die Weltgemeinschaft insbesondere bei der Biodiversität und bei biochemischen Kreisläufen bereits an sehr kritische Grenzen gestoßen ist. Folglich ist weiteres Wachstum auf Basis materieller Ausbeutung nicht vertretbar.

Der Globale Norden hat im Allgemeinen schon durch das koloniale System und die Industrialisierung eine historisch gewachsene „Negativbilanz“ im Ressourcenverbrauch. Insbesondere im Hinblick auf Ungleichheiten zwischen Globalem Norden und Globalem Süden und der Konzentration von Vermögen in den Händen weniger braucht es Konzepte für faires Wirtschaften.

Auf der ganzen Welt gibt es bereits erprobte Konzepte, die eine Abkehr vom „maßlosen Wirtschaften“ darstellen und den Fokus auf soziales und ökologisches Wohlergehen legen. Dazu gehört das Prinzip des Buen Vivir, ein plurales Konzept des guten Lebens und der Vielfalt von Zusammenleben (siehe Philipp Altmann im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/09). Es basiert auf Werten, Erfahrungen und Praktiken indigener Gemeinschaften in Lateinamerika, vor allem in Ecuador und Bolivien. Das Konzept wurde in beiden Ländern in der Verfassung verankert, unter anderem in Form von Rechten der Natur oder im Grundrecht auf Wasser. Es gilt, die starke Orientierung an wirtschaftlichem Wachstum zu hinterfragen und gleichzeitig Modelle des Wirtschaftens und Zusammenlebens zu berücksichtigen, die den jeweiligen Orten angepasst sind. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit sollte über die Verankerung alternativer Wirtschaftsformen gesprochen werden.

Letztlich ist es an der Zeit, eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen

Arbeitsweise institutionell zu verankern. Erst das macht die praktische Umsetzung von postkolonialen und Post-Development-Perspektiven möglich.

LINKS

Global Tapestry of Alternatives:

<https://globaltapestryofalternatives.org/>

Global Partnership Network:

<https://www.uni-kassel.de/forschung/global-partnership-network/about-us>

EU COST Action Decolonising Development:

<https://decolonise.eu/>

Kornprobst, T., et al., 2020: Postkolonialismus & Post-Development. Praktische Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit. FES Stipendiaten Arbeitskreis Globale Entwicklung und postkoloniale Verhältnisse.

https://www.researchgate.net/publication/343547587_Postkolonialismus_Post-Development_Praktische_Perspektiven_fur_die_Entwicklungszusammenarbeit



MYRIELL FUSSER

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie und Zentrum für Friedens- und Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg.
development.transformation@gmail.com



ADRIAN SCHLEGEL

studiert im M.A. Programm Global Studies an der Jawaharlal Nehru University, der University of Pretoria und der Humboldt-Universität zu Berlin.



TANJA MATHEIS

promoviert am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel.



JULIA FRITZSCHE

studierte Global Sustainability Science an der Universität Utrecht.



FLORIAN VITELLO

ist Journalist, Digitalberater für Non-Profits, Gründer des Good News Magazins und Vorsitzender von Media-

Mundo e.V.



**Venezuelas
Präsident Nicolás
Maduro ist nicht
zuletzt dank
manipulativer Trolle
in sozialen Medien
noch an der Macht.**

VIRTUELLE KRIEGSFÜHRUNG

Aufstrebende digitale Mächte

Die zunehmende Digitalisierung verändert globale Machtverhältnisse. Die Bedeutung computerisierter Aggressionen wird aber vielfach unterschätzt. Regierungen können mit digitaler Technik gewaltige humanitäre und finanzielle Schäden auslösen. Ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veröffentlichter Aufsatz erläutert Aspekte von Spionage, Propaganda und gezielter Desinformation.

Von Rishikesh Thapa

Es gibt verschiedene digitale Möglichkeiten, Schaden anzurichten. Beispielsweise können Websites, Server und Netzwerke mit externen Kontaktaufnahmen so überfordert werden, dass sie die gewohnten Leistungen nicht mehr liefern können (Distributed Denial of Service – DDOS). Möglich sind auch falsche Alarmmeldungen bei Polizei, Feuerwehr und Notärzten (Swatting) oder Angriffe mit virenbehafteter Software. Die Folgen können katastrophal sein und sowohl Zivilisten als auch militärische Einheiten betreffen, warnen Jason Chumtong und Christina Stolte in der jüngsten Ausgabe der KAS-Zeitschrift *Auslandsinformationen*.

Den Ausführungen zufolge bauen manche Länder ihre Cyber-Kapazitäten besonders stark aus. Beispiele sind laut Autorenpaar Venezuela, Iran und Russland. Westliche Regierungen müssten sich darauf einstellen, dass nicht alle zu den traditionellen Großmächten gehören, sondern dass auch vergleichsweise kleine Staaten mitmischen.

Venezuela sei zwar von tiefer politischer Spaltung und humanitären Krisen (Nahrungsmittelknappheit, Hyperinflation und Armut) betroffen, habe aber dennoch ein erstaunlich großes digitales Subversionspotenzial. Dem KAS-Aufsatz zufolge belegt ein bekannt gewordenes internes Papier aus Venezuelas Innenministerium über die Schaffung einer „Trollarmee für die bolivarianische Revolution“, wie sich die Regierung auf digitale Kriegsführung vorbereitet. Tatsächlich seien militärisch organisierte Truppen im Internet aktiv, um die demokratische Opposition zu stören und Fehlinformation zu verbreiten. Zu diesem Zwecke würden Tausende von Seiten in sozialen Medien betrieben. Während der Proteste gegen Präsident Maduro hätten 2019 automatisierte Programme („Bots“) für etwa 80 Prozent der Stellungnahmen zugunsten des Regimes

gesorgt. Verschiedene Länder hätten seinerzeit Sanktionen gegen Venezuela beschlossen – und wären dann zu Zielscheiben von Desinformationskampagnen geworden.

Chumtong und Stolte schreiben, die Islamische Republik Iran habe schon früh mit der Gründung des Supreme Council for Cyber Space 2012 begonnen, einschlägige Kapazitäten aufzubauen. Das Land sei selbst Opfer eines virtuellen Angriffs geworden, aber schon 2013 hätten dann dem Regime nahestehende Hacker ernsthafte wirtschaftliche Schäden in den USA verursacht. Sie hätten sich des Twitter-Accounts der Nachrichtenagentur AP bemächtigt und Falschmeldungen über das Weiße Haus verbreitet. In der Folge sei der Dow-Jones-Aktienindex um 150 Punkte eingebrochen.

Überraschend aktiv ist aus Sicht von Chumtong und Stolte auch Russland im Cyberraum. Sie nennen mehrere Beispiele wie etwa digitale Angriffe auf estnische Behörden 2007 oder den Deutschen Bundestag 2015. In der Ukraine sei die Energieinfrastruktur attackiert worden und in den USA staatliche Institutionen. Die Fäden hätten russische Geheimdienste gezogen. Relevant gewesen sei die „Fancy Bear“ genannte Hackergruppe. Russische Social-Media-Aktivitäten hätten zudem Einfluss auf das Brexit-Referendum 2016, auf die Präsidentschaftswahl der USA im selben Jahr und auf das katalanische Unabhängigkeitsreferendum 2017 genommen.

Wie im Aufsatz erläutert, ist es schwierig und zeitaufwendig, die Standorte der Angreifenden festzustellen. Wer Vorwürfe erhebe, löse obendrein oft nur Leugnung und Streit aus. Die Öffentlichkeit nehme Cyber-Aggressionen kaum zur Kenntnis, obwohl sie zunehmend auf nationaler und internationaler Ebene die Meinungsbildung beeinflussen. Chumtong und Stolte raten deshalb Regierungen, Abwehrkapazitäten aufzubauen.

QUELLE

Chumtong, J., und Stolte, C., 2021: *Digitale Technologie als neue Machtressource*.
<https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/digitale-technologie-als-neue-machtressource>



RISHIKESH THAPA
ist Praktikant in der Redaktion
von E+Z/D+C.

official.anthro58@gmail.com

MULTILATERALE ZUSAMMENARBEIT

Monat verpasster Chancen

Ein unabhängiges Expertenpanel im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) hat Vorschläge formuliert, wie Impfkampagnen beschleunigt und die Vorsorge für künftige Pandemien verbessert werden können.

Von Hans Dembowski

Laut WHO hatte COVAX, die internationale Initiative zur Versorgung armer Länder mit Covid-19-Impfstoffen, bis Ende Mai 70 Millionen Dosen bekommen – genug für etwa 0,5 Prozent der Bevölkerung der betroffenen Länder. Mehrere Vorschläge des Independent Panel for Pandemic Preparedness and Response könnten Abhilfe schaffen:

- Länder mit hohem Einkommen sollten COVAX mehr Impfdosen zusagen – 1 Milliarde zusätzlich bis zum 1. September 2021 und weitere 2 Milliarden bis Mitte 2022.
- Entsprechend ihrer Finanzkraft sollten G7-Länder mindestens 60 Prozent der 19 Milliarden Dollar aufbringen, die für internationale Programme zur Bereitstellung von Impfstoffen, Diagnostika, Heilmitteln und der Stärkung von Gesundheitswesen nötig sind.
- Ein internationales Abkommen über freiwillige Lizenzierung und Technologietransfer für Corona-Vakzine sollte abgeschlossen werden.

GEISTIGES EIGENTUM

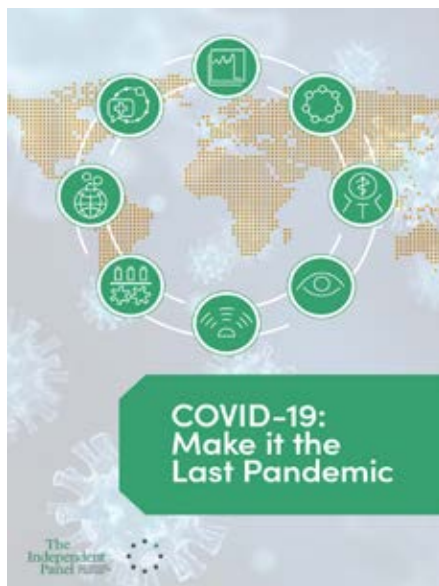
Sollte bis Ende Juli nicht entsprechend gehandelt werden, empfiehlt das Panel der WHO, geistige Eigentumsrechte auszusetzen. Es hatte den Auftrag, die weltweite Reaktion auf Covid-19 einzuschätzen und macht diese und andere Vorschläge in seinem im Mai veröffentlichten Bericht.

Zu den schlimmsten Pandemiefolgen zählen die Experten bis Ende April:

- den Tod von 3 Millionen Menschen, einschließlich 17 000 Fachkräften im Gesundheitswesen,
- die voraussichtliche Reduktion der weltweiten Wirtschaftsleistung um 10 Billionen Dollar bis Ende 2021 und

- den Anstieg der Zahl extrem armer Menschen um 115 bis 125 Millionen.

Laut dem Expertenurteil hätte es nicht so schlimm kommen müssen, aber sowohl nationalstaatliche wie multilaterale Institutionen seien sehr schnell überfordert gewesen. Trotz der Erfahrung mit SARS und Ebola habe die Pandemie sie weitgehend unvorbereitet getroffen. Besonders verheerend sei gewesen, dass Nationalstaaten nicht sofort reagierten, als die WHO Ende Januar 2020 den internationalen Gesundheitsnotfall (Public Health Emergency of International Concern – PHEIC) ausrief. Das sei ihre höchste Warnstufe, aber die Nachricht sei vielfach nicht angekommen, denn die meisten Staaten setzten keine koordinierten Präventionsmaßnahmen in Gang. Die Verantwortlichen hätten weder die Gefahr erkannt noch gewusst, was sie tun sollten. Die abwartende Haltung habe den Februar 2020 zu einem Monat verpasster Chancen gemacht, schreibt das Panel, das die ehemalige neuseeländische Premierministerin Helen Clark und die ehemalige nigerianische Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf leiteten.



Verfügbar auf Englisch, Arabisch, Chinesisch, Französisch, Russisch und Spanisch:
<https://theindependentpanel.org/mainreport/>

Später setzte Corona dann nationale Gesundheitssysteme unter riesigen Druck, während Lockdowns die Volkswirtschaften erheblich beeinträchtigten. Umsichtige Politik habe sich als wichtiger als die jeweilige Finanzkraft der betroffenen Länder erwiesen. Am schlimmsten habe die Krankheit gewütet, wo Regierungen Gegenmaßnahmen nicht koordinierten, mit entschlossenem Handeln zögerten, Wissenschaft abwerteten, das Ausmaß der Pandemie leugneten und Misstrauen nährten. Erschwerend kam hinzu, dass sich die Gesundheitsversorgung vielfach als fragmentiert und – unter anderem wegen schlecht bezahlten Personals – als unterfinanziert erwies. Allzu viele Länder hatten ohnehin keine Epidemiepläne.

Das Panel hält indessen fest, Forschung und Entwicklung hätten schnell reagiert, sodass Vakzine schon nach wenigen Monaten bereitstanden. Auch habe das multilaterale System schnell neue Institutionen wie COVAX geschaffen. Allerdings funktionierten nicht alle gut. Insbesondere das Covid-19 Technology Access Pool (C-TAP) laufe bislang leer. Es wurde geschaffen, um geistiges Eigentum, Wissen und Daten auf die im Kampf gegen HIV/Aids, Hepatitis C und Tuberkulose bewährte Weise zu teilen.

MULTILATERALES SYSTEM STÄRKEN

Zur Vorbereitung auf künftige Pandemien muss aus Sicht des Panels das internationale System reformiert werden. Zu seinen Vorschlägen gehören:

- klarere Leitungs- und Koordinationszuständigkeiten auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene,
- Investitionen vor der nächsten Gesundheitskrise,
- bessere Datenerfassung mit effektivem Warnsystem und
- eine im Vorfeld ausgehandelte Plattform für die Finanzierung und Bereitstellung aller relevanten medizinischen Güter.

Zudem empfiehlt das Panel die Schaffung eines Weltrats für Gesundheitsrisiken und eine Pandemie-Rahmenkonvention.



HANS DEMBOWSKI
 ist Chefredakteur von E+Z
 Entwicklung und Zusammen-
 arbeit/D+C Development and
 Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

GESUNDHEITSVERSORGUNG

Überlastetes System

Brasiliens öffentliches Gesundheitssystem hat in der Vergangenheit gezeigt, dass es ein umfassendes nationales Impfprogramm auf den Weg bringen kann. Bei der Einführung des Covid-19-Impfstoffs stößt es aber an seine Grenzen.

Von Thuany Rodrigues

Noch vor rund 10 Jahren war Brasilien weltweit führend in der Bevölkerungsimpfisierung gegen ein tödliches Virus. Auf dem Höhepunkt der H1N1-Pandemie (Schweinegrippe) im Jahr 2010 impfte Brasilien mehr als 100 Millionen Menschen, davon 80 Millionen in nur drei Monaten. Brasilien impfte mehr Menschen als jedes andere Land, so Brasil de Fato („Die Wirklichkeit von Brasilien“), eine linksgerichtete Online-Zeitung.

Heute ist Brasilien – wie viele andere Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen – ein Impfnachzügler mit langsamem und nicht stringentem Covid-19-Impfprogramm. Präsident Jair Bolsonaro bekannte Corona-Skepsis trug zur niedrigen Impfrate bei. Seit Beginn der Pandemie verzeichnete Brasilien 11,2 Millionen Coronavirus-Fälle und mehr als 280 000 Todesfälle, so Giuliano Russo von der Queen Mary University of London und Mário Scheffer von der Universidade de São Paulo in einem Ende März veröffentlichten Artikel des Queen Mary Global Policy Institute.

Brasilien hat nach wie vor alle Ressourcen, die es weltweit führend in H1N1-Impfmaßnahmen gemacht haben. Sein einheitliches Gesundheitssystem (Sistema Único de Saúde – SUS) erreicht alle Ecken des Landes und ist für Patienten kostenlos. Das Nationale Impfprogramm, die Impfteilung der SUS, hat Erfahrung mit landesweiten Impfkampagnen. Wissenschaftler und Labore können Impfstoffe in großen Mengen entwickeln und produzieren.

Daher „sollte sich Brasilien bei der Einführung des Covid-19-Impfstoffs von anderen Ländern mit mittlerem Einkommen unterscheiden“, meinen Russo und Scheffer. Stattdessen haben sich „neue, infektiösere

Covid-19-Varianten in 17 der 27 brasilianischen Bundesstaaten etabliert und bedrohen vor allem die gefährdetsten indigenen Bundesstaaten Brasiliens. Sie bringen das nationale Gesundheitswesen an den Rand des Zusammenbruchs.“

Die Einführung des Covid-19-Impfstoffs ist einer der wenigen Bereiche, in dem Brasiliens öffentliches Gesundheitssystem es nicht schafft, seine Bürger mit nötigen Medikamenten oder Impfstoffen zu versorgen. Größtenteils überwacht das SUS die Verteilung zahlreicher Medikamente über sein riesiges Netzwerk, das die meisten Teile Brasiliens erreicht. Es ist aber, dort wo es am meisten gebraucht wird, in den städtischen Slums und indigenen Gemeinden, am schwächsten.

Um die Covid-19-Impfraten zu erhöhen, hat das Gesundheitsministerium Gemeindezentren in oder in der Nähe der Armenviertel, der sogenannten Favelas, eingerichtet. Diese Zentren sind essenziell, um gefährdete Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Einige Favela-Interessengruppen wollen aber, dass das Gesundheitsministerium mehr tut. Im Februar starteten mehrere

Gruppen in Rio de Janeiro die Kampagne „Vacina Pra Favela, Já!“ („Impfstoffe für Favelas, jetzt!“) und forderten die Behörden auf, Favela-Bewohner vorrangig zu impfen.

Für viele Favela-Bewohner sind weniger die fehlenden Impfstoffe, sondern die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen das Problem. Viele arbeiten trotz Infektionsrisiko weiter. „Jeden Tag wache ich um 5 Uhr morgens auf und habe kein sauberes Wasser zum Waschen“, sagt Bewohnerin Dona Maria de Lourdes, die als Hausangestellte arbeitet. „Ich steige in einen überfüllten Bus, und es gibt nirgendwo soziale Distanz. Aber was kann ich tun? Entweder ich arbeite weiter und sterbe an dieser Krankheit oder ich verhungere.“

EIN WEITES NETZWERK

Das SUS ist zwar für die Versorgung mit Medikamenten und Impfstoffen zuständig, kann aber nicht direkt bestimmen, wer vorrangigen Zugang bekommt. Das Gesundheitsministerium kauft die Medikamente zentral ein und verteilt sie an die Bundesstaaten, die zusammen mit den Gemeinden für die Lieferung an Einzelpersonen verantwortlich sind.

Zudem ist das SUS für alle Gesundheitsthemen über Covid-19 hinaus verantwortlich. Es betreibt – gemessen an der Zahl der Leistungsempfänger, der Fläche und der Größe des Netzwerks – das größte staat-



Temporäres Covid-19-Krankenhaus in São Paulo.

liche Gesundheitssystem der Welt. Jährlich werden mehr als 2,8 Milliarden Konsultationen durchgeführt, wobei die Leistungen von einfachen ambulanten Eingriffen bis hin zu komplexen Organtransplantationen reichen.

Bei einem Unterfangen dieser Größe gibt es zwangsläufig Probleme bei der Leistungserbringung. Verarmte Bevölkerungsgruppen und indigene Gruppen haben einen durchschnittlich schlechteren Zugang, wie aktuell bei den Covid-19-Impfung zu sehen ist.

Das SUS will die Leistungen für benachteiligte Gebiete verbessern. Beispielsweise können bis zu 15 Prozent der an die Bundesstaaten und Gemeinden überwiesenen Mittel genutzt werden, um SUS-Einrichtungen als Verteilungs- und Impfzentren in unterversorgten Gebieten umzuwidmen.

Das SUS finanziert auch die Verteilung von Medikamenten zur Bekämpfung anderer wichtiger Krankheiten in benachteiligten Gebieten. Zum Beispiel versorgt

ein spezielles Programm HIV/Aids- und Virushepatitis-Patienten mit kostenlosen Medikamenten an allen Servicestellen des Gesundheitssystems. Es wird durch eine Sonderzuweisung von umgerechnet 34 Millionen Euro unterstützt und garantiert eine fristgerechte Lieferung der Medikamente.

Behandlungen für Krankheiten, die in Favelas häufig vorkommen, werden auch durch das SUS gedeckt. Dazu gehören Durchfall, Cholera, Hepatitis A und Typhus. Zusammen verursachten diese Krankheiten 87 Prozent der Krankenhausaufenthalte in Brasilien zwischen 2007 und 2015, so TabNet, die Datenanalyseabteilung des SUS. Hinzu kommt eine steigende Belastung durch chronische, nicht übertragbare Krankheiten (siehe Kasten unten).

Den Kritikern des SUS gehen diese Bemühungen nicht weit genug. Sie beschuldigen das SUS der Korruption und der schlechten Verwaltung. Einige dieser Vorwürfe liegen schon länger zurück; die

Regierung des ehemaligen Präsidenten Michel Miguel Elias Temer Lulia fror deswegen die Gesundheitsausgaben ein. Im Januar 2019 kürzte der brasilianische Kongress das nationale Gesundheitsbudget erheblich. Weitere Kürzungen könnten folgen.

Die Befürworter sehen das SUS jedoch trotz einiger Leistungsschwächen als Hoffnungsträger für Menschen, die sich sonst keine medizinische Grundversorgung leisten könnten. Kely Alexandra, die drei Jahrzehnte lang als Krankenschwester gearbeitet hat, sagt: „Jeder Brasilianer spricht schlecht über das SUS, aber jeder braucht es. Die Menschen werden gegen viele Krankheiten geimpft. Das System kümmert sich um die Brasilianer, und die sollten dafür kämpfen.“



THUANANY RODRIGUES
ist eine brasilianische
Journalistin.

thuananyrodrigues@gmail.com

Brasiliens Herausforderungen im Gesundheitswesen

In Brasilien steigt die Nachfrage nach aller Art von Medikamenten, besonders wegen chronischer Krankheiten. Gleichzeitig kämpft das Land gegen Fehlinformationen, die die Impfmüdigkeit fördern.

Der schleppende Start des Covid-19-Impfprogramms hat von anderen großen Herausforderungen abgelenkt, vor denen das brasilianische Gesundheitssystem, bekannt als SUS (Sistema Único de Saúde), steht. Chronische Krankheiten wie Krebs, Herzkrankheiten, Diabetes und Atemwegbeschwerden sind unter den 212 Millionen Brasilianern auf dem Vormarsch. Laut einer nationalen Gesundheitsstudie waren solche nicht übertragbaren Krankheiten im Jahr 2013

für 72 Prozent der Todesfälle verantwortlich.

Die Welle der nicht übertragbaren Krankheiten macht Brasilien zu einem der größten Medikamentenkonsumenten der Welt. Neben Medikamenten, die speziell zur Bekämpfung

chronischer Krankheiten gedacht sind, wie etwa Blutdruckmittel, gehören Entzündungshemmer, Schmerzmittel, Beruhigungsmittel und abschwellende Nasensprays zu den Bestsellern, so der brasilianische Bundesapothekerverband.

Medikamente, traditionell auch Impfungen, werden in Brasilien gut angenommen – auch wenn diese Akzeptanz im Fall der Covid-19-Impfstoffe schwä-

cher wird, auch wegen Präsident Jair Bolsonaro's Haltung. Ein Großteil der Skepsis ist auf falsche Informationen zurückzuführen, die in den Medien kursieren, sagt Adriana Teixeira, Doktorandin für Kommunikation an der Päpstlichen Katholischen Universität von São Paulo. Zum Beispiel glauben einige indigene Gruppen fälschlicherweise, dass Covid-Impfstoffe die DNA verändern, sagt sie.

Doch nicht nur beim Coronavirus macht sich die Impfmüdigkeit breit. 2015 war das letzte Jahr, in dem Brasilien sein Impfziel (95 Prozent) gegen Polio erreicht hat. Seitdem ist die Zahl laut der brasilianischen Immunisierungsgesellschaft, einer Fachgruppe, auf unter 90 Prozent gefallen. Die Ursachen liegen nicht nur in der Impfszurückhaltung, sondern auch in der Art und Weise, wie Impfkampagnen organisiert und kommuniziert wurden, sagt die Gruppe. TR



Impfmüdigkeit macht sich breit, aber viele Menschen sind auch stolz auf ihre Impfung.

LESE- UND SCHREIBKOMPETENZ

Zurück auf Kurs

Tansania hat ein umfassendes Programm auf den Weg gebracht, um gegen Analphabetismus vorzugehen. Laut dem Bildungsministerium, das die Finanzierung und Umsetzung koordiniert, ist eine Bevölkerung mit Lese- und Schreibkompetenz eine Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung.

Von Lawrence Kilimwiko

In Tansania können 22,4 Prozent der Menschen über 15 Jahren nicht lesen und schreiben. Das Land hat sich zum Ziel gesetzt, diese Rate auf null zu reduzieren. Dafür hat die Regierung eine umfassende Strategie entwickelt, die „National Adult Literacy and Mass Education Rolling Strategy 2020/21 to 2024/25“.

Geplant sind unter anderem Alphabetisierungskurse im ganzen Land, eine Monitoring-Datenbank, um die Fortschritte zu messen, und die Einrichtung von Fördertöpfen für Lernmaterialien. Der Staat zahlt auch für Lehrerfortbildungen und Forschung.

Mit seiner derzeitigen Analphabetenrate hinkt Tansania dem Erreichen des UN-Ziels 4.6 für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) weit hinterher, das Analphabetismus bei Jugendlichen und Erwachsenen bis 2030 ganz abschaffen will.

Knappe Ressourcen haben dazu geführt, dass Lehrer schlecht ausgebildet sind, Lehrkräfte fehlen, die Klassen überfüllt sind und es an Lehr- und Lernmaterialien mangelt. In manchen Klassenräumen, die für 45 Schüler ausgelegt sind, sitzen 100. Hohe Abbruchquoten, die vor allem auf diese Bedingungen zurückzuführen sind, sorgen auch dafür, dass Analphabetismus noch immer verbreitet ist.

Das Analphabetismus-Problem ist besonders deprimierend, da Tansania schon einmal auf einem guten Weg war. Als das Land 1961 unabhängig wurde, machte der erste Präsident, Julius Nyerere, die Alphabetisierung von Erwachsenen und Kindern zur Top-Priorität. Innerhalb von 30 Jahren sank die Analphabetenrate von geschätzten 70 Prozent auf 14,5 Prozent der Bevölkerung. Die UNESCO erkannte dies als Erfolg an.

Seit den frühen 1990er Jahren hat sich die Entwicklung aber umgedreht. Die aktuelle Rate von 22,4 Prozent bedeutet, dass 5,5 Millionen Tansanier über 15 Jahre nicht lesen und schreiben können.

VIELE VORTEILE

Die Alphabetisierungsrate anzuheben – und auch Erwachsene weiterzubilden, die zwar lesen und schreiben können, aber ihre Kom-

petenzen verbessern wollen – wird sich laut James Mdoe vom Bildungsministerium auf vielerlei Weise auszahlen. Beispielsweise würden sich dadurch die Möglichkeiten der Tansanier verbessern, „Herausforderungen in der Umwelt zu identifizieren, zu verstehen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sie anzugehen“.

Wer als Jugendlicher oder Erwachsener nicht lesen, schreiben oder rechnen kann, ist wirtschaftlich benachteiligt, wie der Regierungsbeamte betont. Lesen und schreiben zu können befähige die Menschen außerdem dazu, komplexere Tätigkeiten auszuführen, mehr Verantwortung zu übernehmen, Probleme besser zu verstehen und Lösungen zu entwickeln. Kurz gesagt, sei eine gebildete Gesellschaft „die Grundlage für nachhaltige Entwicklung“, sagt Mdoe.

Das Ziel zu erreichen wird einiges kosten. Auf den Bildungsbereich entfallen 15 Prozent des tansanischen Staatshaushalts und 3,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Nach Angaben der Regierung werden die Alphabetisierungsprogramme diesmal, anders als in der Vergangenheit, nicht von ausländischen Gebern, sondern überwiegend aus nationalen Mitteln bezahlt.

Abgesehen von der Finanzierung müssten für das Projekt Beteiligte auf allen Ebenen zusammenarbeiten, betont Mdoe. Experten würden gebraucht, um die Rekrutierung und Ausbildung von Lehrern zu organisieren, Forschung über Alphabetisierungsmethoden für Erwachsene zu steuern und Innovationen in der Weiterbildung voranzutreiben. Andere Projektmitarbeiter würden dafür sorgen, die Klassen mit Multimedia-Technik auszustatten, junge Frauen mit den Bildungsangeboten zu erreichen und die Gestaltung der Tests zu verbessern, die die Fortschritte messen.

Einige Elemente der Alphabetisierungsoffensive sind hingegen vergleichsweise einfach und direkt umzusetzen. Dazu gehört die Verteilung von Radiogeräten in ländlichen Gebieten, um lebenslanges Lernen zu unterstützen, und die Ausgabe von Lesematerial – inklusive lokaler Zeitungen –, um Lesegewohnheiten zu stärken.



Zu viele Erwachsene können nicht lesen: Zeitungsverkäufer in Daressalam im März 2021.



LAWRENCE KILIMWIKO
ist freier Journalist in
Daressalam.

lkilimwiko@yahoo.com

Faktencheck

Eine Gruppe libyscher Journalisten hat sich zusammengetan, um Falschinformationen im Zusammenhang mit Covid-19 aufzudecken. In einem von der Libyan Organization for Independent Media und ihrem Gründer Reda Fhelboom initiierten Projekt veröffentlicht die Gruppe Artikel, in denen sie die Fakenews widerlegt.

Sie betreibt eine Facebook-Seite namens Sabr, die mit Unterstützung der American Bar Association entwickelt wurde. Das arabische Wort „Sabr“ bedeutet „Untersuchung“. Die Seite enthält Artikel, oft mit Grafiken veranschaulicht, die Fälle von Fake News in Zusammenhang mit Covid-19 aufdeckt und richtigstellt.

Der Gruppe gehören 12 libysche Journalisten an, darunter fünf Frauen. Zur Vorbereitung haben sie an einem einwöchigen Workshop teilgenommen, in dem es um Covid-19-Fakten, Techniken für den Faktencheck und das Erkennen von Hassreden in Covid-19-Falschmeldungen ging. Außerdem übten sie, Quellen zu überprüfen, Experteninterviews zu führen und Faktencheck-Berichte zu schreiben.

Soziale Medien dienen immer mehr Menschen in Libyen als Nachrichtenquelle. „Facebook hat einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung“, sagt der Journalist Kholoud Alfalah. „Auf Fake-Accounts entfallen 70 Prozent der Aufrufe, auf Nachrichtenagenturen nur 30 Prozent.“

„Wir haben die Seite gestartet, weil es keine libysche Plattform gibt, die

Fake News über Covid-19 auf Facebook erfasst“, erklärt der Journalist und Menschenrechtsaktivist Fhelboom, der Sabr redaktionell betreut. Die Seite hat mehr als 14 000 Follower.

Die Journalisten haben viel zu tun; Covid-19-Falschmeldungen erscheinen fast täglich in den sozialen Medien. „Wir schauen uns zunächst an, inwieweit ein Post die öffentliche Meinung beeinflussen könnte, und dann gleichen wir die Information mit verlässlichen Quellen ab“, sagt Amel Sabri, einer der Faktenchecker von Sabr.

Die Berichte, die fast täglich auf der Sabr-Seite erscheinen, sind in vier Kategorien eingeteilt, von Nachrichten, die „irreführen und wichtige Informationen auslassen“, über solche, die „teilweise falsch“ oder „vollkommen falsch“ sind, bis hin zu Meldungen, die „Hassrede enthalten und Diskriminierung fördern“.

Zum Beispiel veröffentlichte eine Facebook-Seite, die sich Old City of Tripoli nennt, vor kurzem einen Post, der eine Studie der University of California zitiert. Die sagt angeblich voraus, dass das Coronavirus innerhalb von zwei Monaten von selbst verschwinden wird, weil neue Mutationen das Virus töten. Der Post bekam hunderte Kommentare.

Sabr-Journalist Amjed Dabob kontaktierte die University of California und die Weltgesundheitsorganisation, die beide die Existenz der Studie verneinten. Dann schrieb er einen Bericht, der die Fakten richtigstellte und den Post als „vollkommen falsch“ einstufte.

Neben Berichten und Grafiken produzieren die Journalisten von Sabr auch Podcasts, um beispielsweise das Bewusstsein dafür zu erhöhen, wie wichtig das Tragen von Masken ist oder wie gefährlich die Verwendung von Ausdrücken sein kann, die Hass schüren und Diskriminierung verbreiten können.

LINK

Sabr:

<https://www.facebook.com/SabrPlatform>



MOUTAZ ALI

ist ein Journalist in Tripolis, Libyen.

ali.moutaz77@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 30.06.2021 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71-81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Sabine Balk (SB; Redakteurin), Dagmar Wolf (DW; Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Katja Dombrowski (KD),

Aviva Freudmann (AF), Monika Hellstern (MH; Social Media), Jan

Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Wichtige Partner für Klimaneutralität

Zentralbanken beachten zu Recht in zunehmendem Maße Klimarisiken.

Von José Siaba Serrate

2008 löste der Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers tiefes Misstrauen unter Geldhäusern und damit die globale Finanzkrise aus. Ungebremster Klimawandel wird zu vielfach größeren Schaden führen. Während Geld- und Finanzpolitik Konjunkturprobleme lösen können, ist die globale Erhitzung irreversibel. Die makroökonomischen Folgen von immer mehr Hochwassern, Dürren, Stürmen und Hitzewellen können verheerend werden.

Desaströse Wetterlagen können systemrelevante Unternehmen ruinieren – mit Lehman-artigen Kettenreaktionen. Ernteaufschläge können über höhere Lebensmittelpreise Inflation auslösen. Teure Investitionen können plötzlich obsolet werden, wenn etwa sinkende Brennstoffnachfrage den Wert von Kohleminen und Ölfeldern drastisch reduziert.

Es besteht die Gefahr, dass vielfältige Klimarisiken Bilanzen verhaseln, Output verringern, Zuversicht von Investoren zerstören und die Finanzstabilität insgesamt unterhöhlen. Zu Recht stellen sich Zentralbanken deshalb zunehmend darauf ein. Ihre Spitzenleute wissen, dass die Risiken ohne Transformation zur Klimanaturneutralität ständig weiter wachsen werden. Nachhaltigkeit muss spätestens 2050 erreicht sein, damit Durchschnittstemperaturen weltweit nicht um anderthalb Grad über das vorindustrielle Niveau steigen.

Zentralbanken müssen helfen, die Ziele des Pariser Klimaabkommens Wirklichkeit werden zu lassen. Ende 2017 lancierten acht Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden deshalb das Network for Greening the Financial System (NGFS). Im April 2021 gehörten ihm bereits 90 solcher Institutionen als Mitglieder und 13 weitere als Beobachter an.

Zentralbanken sollen normalerweise Inflation vermeiden und Vollbeschäftigung sichern. Klimafragen sind nun ebenfalls

relevant. Es gilt, sicherzustellen, dass die Finanzwirtschaft ökologisch nachhaltige Firmenkonzeppte mit Kapital versorgt. Finanzaufsicht und Zentralbanken sollten deshalb:

- die Veröffentlichung klimarelevanter Firmendaten zur Pflicht machen,
- dafür Leitlinien und Standards entwickeln und
- regelmäßige Klima-Stresstests durchführen.

Die Notenbanken sollten zudem ihre eigenen Konditionen, Anleihenkäufe und Kreditvergabe auf Klimaziele ausrichten.

Das Klimabewusstsein wächst auch in der Privatwirtschaft. Larry Fink von Black Rock, dem einflussreichen Finanzkonzern, sagte Anfang 2020, Unternehmen, die sich auf Nachhaltigkeit umstellten und entsprechende Chancen wahrnahmen, könnten mit höheren Aktienkursen rechnen. Tatsächlich haben Ökofonds voriges Jahr überdurchschnittlich gute Ergebnisse gebracht.

Im April ist eine neue globale Plattform mit bislang 160 führenden Finanzunternehmen entstanden. Das von ihnen verwaltete Gesamtkapital beträgt mehr als 70 Billionen Dollar. Versicherer und Rückversicherer werden wohl bald beitreten. Die Plattform heißt Glasgow Financial Alliance for Net Zero (GFANZ) und soll die gesam-

te Finanzwirtschaft auf Klimaneutralität ausrichten. Nötig sind dafür (siehe Kathrin Berensmann im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2020/10):

- präzise definierte Umweltstandards,
- robuste Transformationspläne,
- klar benannte Zwischenziele,
- neue Analysemethoden und
- transparentes Monitoring.

GFANZ soll zudem für klimafreundliche Politik werben. In der Tat muss die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Privatwirtschaft braucht Berechenbarkeit, um die Hauptlast der Transformation stemmen zu können. Staaten müssen für die richtigen Anreize sorgen, indem sie Umweltsünder zur Rechnung ziehen und angemessen hohe Emissionspreise sicherstellen.

Im Pariser Klimaabkommen haben sich alle UN-Mitglieder zum Handeln auf nationaler Ebene verpflichtet. Sie müssen die Ziele beim Klimagipfel in Schottland im November hochschrauben (siehe E+Z/D+C Klimaschwerpunkt im e-Paper 2021/05). Wenn das gelingt, dürften sich Geldpolitik und Finanzwirtschaft als Partner für Klimaneutralität erweisen.



JOSÉ SIABA SERRATE
ist Ökonom und Mitglied des
Argentinischen Rates für
Internationale Beziehungen
(CARI). Er lehrt an der

Universität von Buenos Aires und der dortigen
Privathochschule für Makroökonomische
Studien (UCEMA).

josesiaba@hotmail.com



Hitze, Dürre und Waldbrände plagten Argentinien im Oktober 2020.

ARTENVIELFALT

Gefährliche Wechselwirkungen

In Gebirgsregionen werden fragile Lebensräume immer prekärer. Es mangelt an Wissen über den Schwund der Biodiversität und die Auswirkungen des Klimawandels. Das verhindert Problemlösungen. In Himalaja und Hindukusch will das intergouvernementale Institut ICIMOD Wissenslücken schließen.

Von Lily Shrestha und Bandana Shakya

Das Bewusstsein für die Bedeutung der biologischen Vielfalt ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Neue Erkenntnisse zeigen, dass der Klimawandel in Verbindung mit ihrem Schwund neue Infektionskrankheiten wahrscheinlicher macht. Globale Erhitzung und Verlust von Biodiversität sind Folgen menschlichen Handels, wobei beide Trends sich wechselseitig verstärken. Wenn die Menschheit natürliche Lebensräume und Ökosysteme erhalten will, hat Klimaschutz höchste Priorität.

Wissenschaftler beschreiben dramatische Zukunftsszenarien. 2019 warnte der Weltbiodiversitätsrat IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services), rund eine Million Tier- und Pflanzenarten seien vom Aussterben bedroht. Der IPBES ist das Äquivalent des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). Beide veröffentlichen regelmäßig globale Gutachten mit dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Nach Angaben des Sekretariats der UN-Biodiversitätskonvention in Montreal beruhen 40 Prozent der Weltwirtschaft auf biologischen Ressourcen. Diese decken zudem 80 Prozent der Bedürfnisse der Armen ab. Der Verlust der biologischen Vielfalt gefährdet das Wohlergehen der Menschen, was auch die aktuelle Studie von Partha Dasgupta von der Cambridge-Universität über die wirtschaftliche Relevanz der Biodiversität belegt (siehe Katja Dombrowski im Monitor des E+Z/D+C e-Paper 2021/04).

Aus Unkenntnis wird Biodiversität nicht angemessen geschützt. Geringe medi-

ale Aufmerksamkeit lässt die Öffentlichkeit weitgehend uninformatiert.

Ohnehin ist selbst das Expertenwissen begrenzt, denn auch bislang unerforschte Arten sterben aus. Es mangelt zudem an



Gefährdete Spezies: Himalaja-Schneeleopard.

leicht zugänglichen, globalen Datenbanken. Für erfolgreichen Artenschutz müssen Wissenschaftler die Verbreitung, das Vorkommen und den Zustand von Spezies verstehen. Der IPBES bestätigt die Probleme und stellt klar, dass die Wissenslücken groß sind. Es ist höchste Zeit, die Öffentlichkeit stärker zu sensibilisieren und auf allen Ebenen die Grundlagen für kompetente Entscheidungsfindung sicherzustellen.

Das International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) widmet sich in der Region Hindukusch und

Himalaja diesen Aufgaben. Es sammelt und veröffentlicht Daten als assoziiertes Mitglied der Global Biodiversity Information Facility (GBIF), die einschlägige Informationen sammelt und frei zugänglich macht. Kooperation mit weiteren internationalen Partnern ist selbstverständlich.

ICIMOD ist eine einzigartige zwischenstaatliche Institution mit acht Mitgliedsländern: Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan. Es geht darum, das Leben und die Lebensgrundlagen von Menschen in unserer Gebirgsregion durch Schutz von Umwelt und Kultur zu verbessern. Geteiltes Wissen macht Menschen resilienter, weil sie neue Chancen nutzen und sich auf Veränderungen vorbereiten können.

Die Klimakrise verändert die Bergwelt. Gletscher schwinden. Sturzfluten werden häufiger, aber Wasser steht nicht mehr wie gewohnt zur Verfügung (siehe Syed Muhammad Abubakar im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/06). Ökosysteme sind bedroht, Landwirtschaft und Viehhaltung werden schwieriger, und Wildtiere geraten zunehmend unter Druck. Natürliche Lebensräume zu erhalten kann dazu beitragen, diese Umweltveränderungen einzudämmen und zum Beispiel das Risiko von Erdbeben zu verringern.

Das ICIMOD arbeitet daran, Entwicklungen und Wechselwirkungen zu verstehen, um relevante Informationen zu liefern und tragfähige Lösungen zu finden. So tragen wir dazu bei, dass künftige Generationen eine lebenswerte Umwelt haben können. Fest steht jedoch: Wenn die internationale Gemeinschaft die Klimakrise nicht in den Griff bekommt, wird das alles vergeblich sein.



LILY SHRESTHA
ist Wissenschaftlerin am
International Centre for
Integrated Mountain
Development (ICIMOD), einer
zwischenstaatlichen Organisation mit Sitz in
Kathmandu.

media@icimod.org
<https://www.icimod.org/>



BANDANA SHAKYA
ist ebenfalls Wissenschaftlerin
am ICIMOD.

OSTAFRIKA

Eine Chance für den Frieden

Die zwei kleinen Nachbarländer Ruanda und Burundi beäugen sich seit 2015 misstrauisch. Damals hatten burundische Dissidenten versucht, Präsident Pierre Nkurunziza, der mittlerweile verstorben ist, aus dem Amt zu entfernen. Als sie scheiterten, verließen viele das Land. Nkurunziza warf Ruanda daraufhin vor, den fehlgeschlagenen Putsch unterstützt und die Dissidenten aufgenommen zu haben.

Von Mireille Kanyange

Außer den Dissidenten flohen auch weitere zehntausende Burundier vor Gewalt und Unruhe in die Nachbarländer. Viele gingen nach Ruanda, doch kehrten nun Ende 2020 mehr als 7000 burundische Flüchtlinge aus Ruanda zurück heim, mehr als 11000 weitere sind zur Repatriierung registriert. Dies machte ein von der UN vermitteltes Abkommen zwischen Burundi und Ruanda möglich.

Nun wünschen sich die Präsidenten beider Länder gute Beziehungen. Burundis Präsident Évariste Ndayishimiye betont: „Wir sprechen dieselbe Sprache.“ Ruandas Präsident Paul Kagame sagt: „Wir wollen mit den Burundiern in Frieden leben.“ Beide Regierungen unterdrücken jedoch seit jeher Andersdenkende. So sind die inländischen Spannungen nun fast größer als die zwischen den Ländern. Im Mai nahm eine Delegation aus Ruanda an einem Treffen des UN Standing Advisory Committee on Security Questions in Central Africa teil, das in Bujumbura stattfand – was auf eine weitere Verbesserung der Beziehungen hinweist.

Aber der Fortschritt ist nicht geradlinig; es kommt weiterhin immer wieder zu Unstimmigkeiten, etwa über den Grenzverlauf. In der Nacht des 23. Mai 2021 wurden in Ruanda zwei Menschen getötet, was zu einem Streit darüber führte, wer sie waren. Laut Ruanda waren es Burundier in Militäruniform, die Medikamente, Gewehre und andere militärische Ausrüstung mitbrachten. Burundis Militärsprecher Colonel Floribert Bizimungu verneinte, dass Burundier ruandischen Boden betreten hätten, da Pa-

trouillen die Grenze bewachten, um das zu verhindern.

Angesichts der langen friedvollen Geschichte und ihrer demografischen Ähnlichkeiten waren die Feindschaften der sechs Jahre zwischen den Ländern ungewöhnlich. Ihre politischen Beziehungen gehen bis ins 15. Jahrhundert zurück, als das Königreich Ruanda gegründet wurde.

Beide Länder sind etwa gleich groß, haben sprachliche und ethnische Ähnlichkeiten und sind direkte territoriale Fortbestände afrikanischer Staaten, die es schon vor der Kolonialzeit gab. Heute gibt es viele Ehen zwischen Burundiern und Ruandern. Der grenzüberschreitende Handel floriert – auch wenn er durch gelegentliche Vorwürfe des Schmuggels von Waren nach Ruanda getrübt wird.

Darüber hinaus sind beide Länder durch ein Netz von bilateralen und regionalen Abkommen verbunden und die

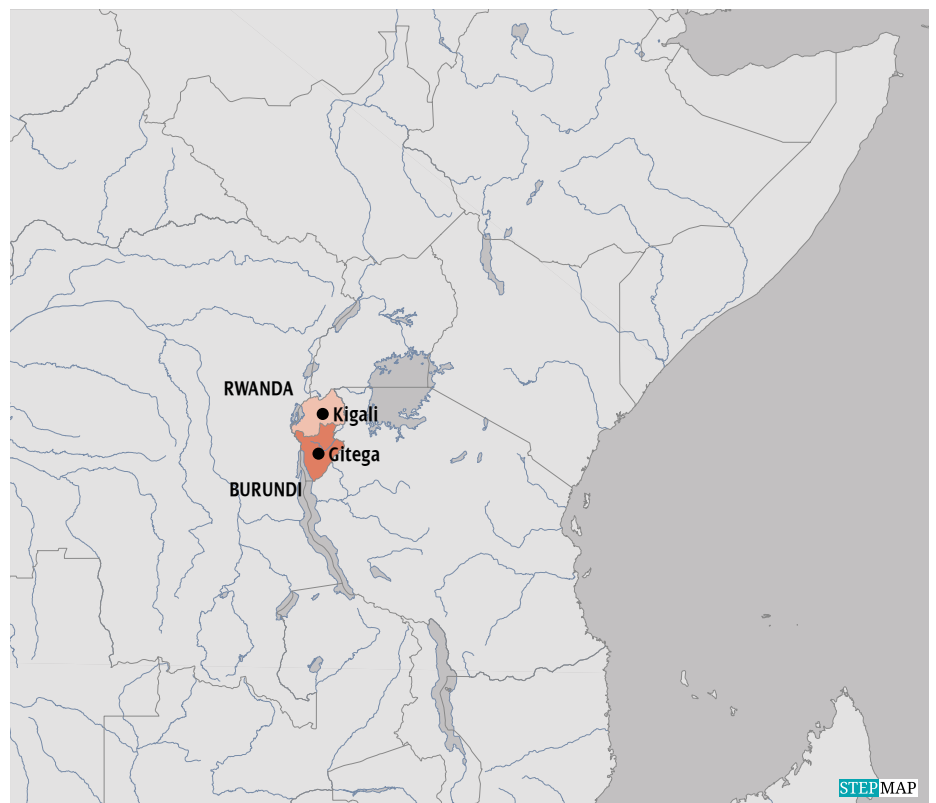
Gouverneure ihrer Grenzprovinzen treffen sich regelmäßig. Beide Länder gehören zur Wirtschaftsgemeinschaft der Länder der Großen Seen, zur Ostafrikanischen Gemeinschaft, zum Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika und zur Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten. Auch sind beide Mitglieder der Afrikanischen Union und der UN, die diverse Kanäle zur Beilegung von Streitigkeiten bieten. Da Burundis Präsident Ndayishimiye im Vergleich zu seinem Vorgänger sehr versöhnlich ist, lassen sich künftige Streits womöglich ohne neue Feindseligkeiten lösen.

Weit problematischer ist die Dauerpräsenz bewaffneter Gruppen in der Region um die Großen Seen Ostafrikas: Burundi, Ruanda, die Demokratische Republik Kongo, Kenia, Malawi, Tansania und Uganda. Sie wirken destabilisierend. Gemeinsame Sicherheitsvereinbarungen sind deshalb essenziell, um die Region zu beruhigen.



MIREILLE KANYANGE
arbeitet als Journalistin für
Radio Isanganiro in Burundi.

mika.kanyange@gmail.com



WELTPOLITIK

Allzu kleine Schritte

Für eine globale Führungsrolle reicht das, was die G7 in Carbis Bay verkündet haben, nicht aus.

Von Hans Dembowski

Covid-19 ist derzeit das dringendste globale Problem. Die G7 hätten sich eine Vorschlag zu eigen machen können, den der Internationale Währungsfonds (IWF) Ende Mai gemacht hatte. Demzufolge würde eine Imagekampagne, die 40 Prozent der Menschen in jedem Land noch 2021 und bis Mitte 2022 weitere 20 Prozent erreichen könnte, 50 Milliarden Dollar kosten (siehe Chimezie Anajama im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2021/06).

Darüber hinaus sah der IWF-Vorschlag auch Tests, Patientenbehandlung und eine generelle Stärkung von Gesundheitssystemen vor. Er entsprach damit den aktuellen Einsichten einer internationalen Expertengruppe, welche im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) die Pandemie evaluiert hat (siehe Zusammenfassung auf Seite 8 in diesem e-Paper). Die G7 versprochen aber nur, im Laufe dieses Jahres eine Milliarden Impfdosen zu spenden, was sie später auf 870 Millionen reduzierten. Das ist ein winziger Schritt. Laut Fachleuten sind 10 bis 11 Milliarden Dosen nötig, um bis zum nächsten G7-Gipfel in einem Jahr in Deutschland 70 Prozent der Weltbevölkerung zu impfen.

Solch ein Programm können die G7 zwar nicht alleine lancieren. Multilaterale Institutionen müssten jedenfalls mitmachen. Allerdings hätte wohl kaum jemand die Initiative blockiert. Dem IWF-Vorschlag zufolge hätten die G7 70 Prozent der Kosten übernommen, wobei 22 Milliarden der nötigen 35 Milliarden Dollar grundsätzlich schon zugesagt waren. Das sind klitzekleine Summen im Vergleich mit billionenschweren heimischen Rettungsprogrammen, die übrigens IWF-Vorstellungen voll entsprechen.

Wer die Weltgemeinschaft führen will, muss zeigen, wie globale Probleme gelöst werden sollen, und dann den eigenen Teil

der Aufgabe stemmen. Es geht um mehr als das heimische Fernsehpublikum. Weltweit wissen Menschen, dass wohlhabende Nationen dank umfassender Impfkampagnen zum Alltag zurückkehren, während die Pandemie anderswo eine riesige Gefahr bleibt. In dieser Lage ist es schlicht zu wenig, überschüssige Vakzine zu spenden.

Der G7-Gipfel enttäuschte auch auf anderen Politikfeldern. Entwicklungsländer wollen wissen, wie die G7 das alte Versprechen der reichen Welt, für internationale Klimafinanzierung einschließlich privater Investitionen jährlich 100 Milliarden Dollar zu mobilisieren, zu erfüllen gedenken (siehe Saleemul Huq im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2021/05). Diese Summe war schon 2020 fällig, aber laut Expertenschätzung sind nur 70 bis 80 Milliarden Dollar geflossen. Beim Klimagipfel im November in Schottland werden die G7 also Fragen hören – und es wäre klug gewesen, jetzt schon ermutigende Antworten zu formulieren. Das alte Versprechen aber einfach noch einmal zu wiederholen wirkte wenig glaubwürdig.

Wer selbst keinen Ehrgeiz zeigt, kann keine Führungsrolle beanspruchen. In

Cornwall wäre die Verkündung eines Kohleausstiegsdatums gut gewesen. Es gab aber nur die Ansage, die G7-Mitglieder würden noch in diesem Jahr aus der internationalen Förderung von Kohlevorhaben ohne CO₂-Speicherung aussteigen.

Was den Ausbau von Infrastruktur angeht, wollen die G7 mit Chinas neuer Seidenstraße (Belt & Road Initiative) konkurrieren. Wenn sie stärker auf soziale und ökologische Folgen sowie die Qualität der Regierungsführung insgesamt achten, ist das gut. Konkret beschlossen wurde aber nur die Gründung einer Arbeitsgruppe.

Kritik an chinesischen Menschenrechtsverletzungen ist berechtigt. Schöne Rhetorik über die Vorteile von Demokratie reicht jedoch nicht, um die Weltöffentlichkeit zu überzeugen. Nötig sind Lösungen für wichtige aktuelle Probleme. Das drängendste ist Covid-19, und die G7 hätten den multilateralen Weg einschlagen sollen, den der IWF – mit anschließender Unterstützung der Spitzenleute von Weltbank, WHO und Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization) – vorgeschlagen hatte. Das hätte auch den Einsichten der Pandemie-Evaluierer der WHO entsprochen.

HANS DEMBOWSKI

ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit /D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Protestaktion in Cornwall.

Prosperierende Mittelschichten

Da zehn Prozent der Menschheit weiterhin Not leiden, ist extreme Armut noch längst nicht beendet. Positiv ist aber, dass die Quote derer, die über den morgigen Tag hinaus planen können, historisch ungewöhnlich groß ist. Aus gutem Grund versprechen sich manche Experten vom Wachstum der Mittelschichten weitere Entwicklungsschritte. Allerdings reicht gestiegene Kaufkraft nicht. Der Wohlstand von Mittelschichten hängt auch von Institutionen ab, was allzu oft übersehen wird.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem ersten UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Keine Armut. Er hat zudem viele Bezüge zu weiteren SDGs.



Straße in Kampala.



Mehr Menschen haben mehr Wahl: beim Shopping in Dhaka.

WACHSENDER WOHLSTAND

Zehn Dollar pro Person und Tag

Erstmals in der Geschichte gehört ein großer Teil der Weltbevölkerung der Mittelschicht an und ist von den Fesseln der Armut befreit. Obwohl die Mittelschicht aufgrund der Corona-Pandemie zeitweilig langsamer gewachsen ist, erwartet Homi Kharas von der Brookings Institution in Washington, dass sie wieder expandiert, sobald die Weltwirtschaft sich erholt hat. Warum, erklärt er im E+Z/D+C-Interview.

Homi Kharas im Interview mit Aviva Freudmann

Was macht die Mittelschicht aus? Ist das vor allem eine wirtschaftliche Einordnung, oder geht die Definition darüber hinaus?

Wir müssen zwischen einer Definition und einem Maßstab unterscheiden. Die Mittelschicht wird als Gruppe von Menschen beschrieben, die, obwohl sie sehr unterschiedlich sind, doch gleiche Merkmale haben. Menschen der Mittelschicht teilen Werte wie harte Arbeit, Sparsamkeit und Leistung sowie persönliche Verantwortung. Sie sind weit genug entfernt von der Armutslinie, um ihre Zufriedenheit und ihre Zukunft zu verbessern. Anders als arme Menschen, bei denen es um das tägliche Überleben

geht und die kaum Möglichkeiten haben, und anders als reiche Menschen, die meist kaufen können, was sie wollen, trifft die Mittelschicht ihre Entscheidungen auf wirtschaftlicher Basis. Es geht nicht nur um materiellen Konsum, sondern auch darum, das Leben zu genießen, um Freizeit, Kunst, Schönheit. Diese Definition ist recht locker, daher braucht es eine Art Maßstab, um darüber zu sprechen, wie sich diese Gruppe entwickelt hat. Am gängigsten ist es, die Ausgaben zu erfassen. Wir messen lieber die Höhe der Ausgaben als das Einkommen, denn diese spiegeln den Lebensstandard realistischer wider. Studenten etwa verdienen wenig oder kein Geld, trotzdem sind sie unabhängig, nicht arm, und sie können sich Geld leihen und es ausgeben. Ausgaben sind also ein deutlich besserer Maßstab für materiellen Wohlstand als Einkommen. Anfangs setzten wir zur Erhebung der Mittelschicht ein Ausgabenspektrum von 10 bis 100 Dollar pro Person und Tag an, wozu wir die Kaufkraftparitäten (KKP) des Jahres 2005 zugrunde legten. Später änderte sich das Maß auf 11 bis 110 Dollar pro Person und Tag unter Verwendung des KKP-Dollars des Jahres 2011, was angesichts der Kaufkraft aber dasselbe ist. Man möchte ein konstan-

tes Maß, damit Ausgaben über Zeiten und Länder hinweg vergleichbar bleiben.

Wieso dieses spezifische Spektrum?

Die Idee ist es, am untersten Ende anzusetzen, dort, wo den Menschen etwas Geld übrig bleibt für weitere Ausgaben, ohne dass sie gleich in Armut verfallen. Am oberen Ende müssen sie nicht mehr viel über ihre Ausgaben nachdenken. Dieses Geldspektrum – oder seine Entsprechung in lokalen Währungen – hat einen historischen Ursprung. Es taucht an verschiedenen Punkten der Geschichte und an verschiedenen Orten der Welt auf. Die erste Mittelschicht waren Bankangestellte im viktorianischen England, die Fabrikbesitzern während der industriellen Revolution den Kauf von Maschinen erleichtern sollten. Sie verdienten das Äquivalent von rund 10 KKP-Dollar von 2005 pro Tag und Kopf. Als das Vereinigte Königreich erstmals eine Einkommensteuer erhob, wollte es nur Menschen mit Mittelschichts-Lebensstandard und höher besteuern. Sie setzten das Mindesteinkommen, bei dem die Steuer erhoben wurde, auf den Gegenwert von 10 Dollar pro Person und Tag in 2005-KKP-Dollar fest. Genauso berücksichtigten lateinamerikanische Politiker Einkommen und Ausgabenniveaus, ab denen eine Person eine gute Chance hatte, die kommenden drei Jahre nicht in Armut zu fallen – es zeigte sich, dass das bei 10 Dollar pro Person und Tag in 2005-KKP-Dollar liegt. Die Armutsgrenze in den USA liegt ebenfalls in diesem Bereich. Auch in Indi-



Die Mittelschicht mag Bildung: Rückkehr ans Gymnasium im südafrikanischen East London nach dem Lockdown.

en hat eine nationale Kommission ein Maß für die Mittelschicht festgelegt – es kam der Gegenwert von 10 Dollar pro Kopf und Tag heraus. Die Zahl am unteren Ende sagt: „Du giltst nicht als arm, wenn du mindestens so viel Geld zur Verfügung hast.“ Ein Spektrum zu haben erlaubt uns auch, geographische Vergleiche über die Zeiten hinweg anzustellen. Wir können die Entwicklung der Mittelschicht vom 19. Jahrhundert bis heute nachvollziehen.

Im 19. Jahrhundert haben die Menschen andere Dinge gekauft als heute, und zwischen den Ländern variieren Preise enorm. Wie gehen Statistiker mit diesen Unterschieden um, wenn sie Vergleiche anstellen?

Für materiellen Wohlstand benötigt man – unter Berücksichtigung der Währungsunterschiede – weiterhin gleich viel Geld. Natürlich variiert das, was im Einkaufskorb landet, von Land zu Land. Aber letztlich geben alle Menschen Geld für Nahrung, Kleider, Wohnen und Transport aus. Sobald sie zur Mittelschicht gehören, erwägen sie Ausgaben für Urlaub und Unterhaltung. Aber das, was Menschen grundlegend brauchen, ist gleich geblieben. Bezüglich der Preisunterschiede über die Länder hinweg: Es gibt globale Studien, die Preise von Waren und Dienstleistungen vergleichen. Das International Comparison Program trägt Preise für eine Auswahl essenzieller Güter und Dienstleistungen zusammen. Aus diesen Daten wird ein Index gebildet, der Vergleiche ermöglicht.

2017 sagten Sie voraus, bis 2022 würden jedes Jahr 170 Millionen Menschen in die Mittelschicht aufsteigen. Halten Sie das trotz Pandemie noch für realistisch?

Die Wachstumsrate der Mittelschicht hat sich zeitweilig verändert. Aber ich denke, nach einer kurzen Bremse durch Corona wird der Trend weitergehen und andauern. Der Zuwachs der Mittelschicht wurde um zwei bis drei Jahre zurückgeworfen. Dennoch gehört mehr als die Hälfte der Menschen weltweit mindestens zur Mittelschicht.

Laut Weltbank haben etwa 50 Prozent der Weltbevölkerung eine tägliche Pro-Kopf-Kaufkraft von 5,50 Dollar oder mehr, nicht von zehn Dollar oder mehr.

Ja, aber deren Zahlen erfassen die Konsumausgaben pro Kopf nicht vollständig. Was Indien angeht, stützt sich die Weltbank beispielsweise auf Statistiken, die nur ein Drittel der Ausgaben laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung abdecken. Meine Schätzungsmethode ist besser, weil sie solche Lücken schließt. Wesentlich ist, dass 1820 nur ein Prozent der Weltbevölkerung zur Mittelschicht gehörte; jetzt 200 Jahre später tut das aber die Mehrheit. Das ist enorm und weitgehend dem technischen Fortschritt zu verdanken – und es geht rasant so weiter. Jahr für Jahr steigen hunderte Millionen in die Mittelschicht auf, vor allem in Asien – mit deutlichen Vorteilen für Bildung und Lebenserwartung. Sie arbeiten hart und können ihr Leben und das

ihrer Familien verbessern. Durch Corona wird die Mittelschicht 2020 wohl etwas geschrumpft sein. Wir denken, dass voriges Jahr 120 Millionen wieder aus der Mittelschicht herausgerutscht sind und dass 170 Millionen weniger in die Mittelschicht aufgestiegen sind, als es ohne Corona der Fall gewesen wäre. Es liegt also an Corona, dass 2020 etwa 300 Millionen Menschen, die eigentlich aufgestiegen wären, nun nicht der Mittelschicht angehören. Dieser Effekt wird aber schnell verpuffen. 2021 oder 2022 wird die Mittelschicht hoffentlich wieder so wachsen wie zuvor.

Welche politische Bedeutung hat das globale Wachstum der Mittelschicht?

Allgemein will die Mittelschicht, dass die Regierung ihr dient. Sie strebt nach Unabhängigkeit, nach Privatbesitz, maximiert persönliche Chancen und spart für die Zukunft. Die Mittelschicht favorisiert eine Regierung, die sich um Gesundheit und Bildung kümmert. Sie wünscht sich wirtschaftliche Sicherheit und drängt daher auf soziale Absicherungen wie Renten und Arbeitsrechte. Die Mittelschicht setzt sich für Frauenrechte ein; die ersten Suffragetten kamen aus der Mittelschicht. Außerdem präferiert sie Freihandel, da er dem Konsumenten mehr Auswahl ermöglicht. Der erste politische Sieg der Mittelschicht war die Aufhebung der Mais-Gesetze im England des 19. Jahrhunderts. Diese Gesetze verhängten Zölle auf importiertes Getreide. Das hielt die Preise hoch und begünstigte Grundbesitzer auf Kosten der Verbraucher. Die Mittelschicht kämpfte hart dafür, dass diese Gesetze aufgehoben wurden.

Welche Unterschiede zeigen sich innerhalb der Mittelschicht?

Derzeit zersplittert die Mittelschicht etwas. Die Pandemie hat die Kluft zwischen dem Teil der Mittelschicht verdeutlicht, der studiert hat und zu Hause arbeiten kann, und den Arbeitern, die nicht zu Hause bleiben können. Die Interessen beider Seiten beginnen auseinanderzudriften. Sie haben natürlich unterschiedliche Erfahrungen gemacht. In den USA etwa zeigten sich bei den Arbeitern mehr Alkohol- und Drogenabhängigkeiten sowie Selbstmorde, sogenannte Tode aus Verzweiflung. In dieser kleinen Gruppe haben Erkrankungen und körperlicher Schmerz zugenommen, die psychische Gesundheit ist schlechter, die Lebenserwartung niedriger.

Stellt dies nicht den Begriff Mittelschicht als Beschreibung für alle, die unterschiedlich viel Geld zur Verfügung haben, in Frage?

Es kann sein, dass Studierende andere Interessen haben als diejenigen ohne Studium. Manche fordern daher, das Bildungsniveau solle der Maßstab zur Erhebung der Mittelschicht werden. Ich bevorzuge, die breitere Definition beizubehalten, aber einen neuen Weg zu finden, um die Lebensstile der verschiedenen Mittelschichtsegmente zu beschreiben. Vielleicht waren die abweichenden Erfahrungen temporär. Womöglich haben manche Menschen jetzt mehr Chancen in der digitalen Wirtschaft als andere, aber in 10 oder 15 Jahren haben alle diese Möglichkeiten. Das ist ein technologisches Phänomen. Neue Technologien dienen oft zunächst Einzelnen, ehe die ganze Gesellschaft davon profitiert. Als die Elektrizität eingeführt wurde, war das erst mal nur etwas für die Reichen – heute gehört sie zum Lebensstil der Mittelschicht.

Die Mittelschicht wächst in armen Ländern schneller als in reichen. Sorgt diese Un-

gleichheit für Unmut in der Mittelschicht in Industrieländern?

Es gibt eine gewisse Sättigung der Mittelschicht in entwickelten Ländern, was erklärt, warum diese dort langsamer wächst als in Ländern mit niedrigem Einkommen. Wächst die Mittelschicht an einem Ort, bringt das historisch auch der Mittelschicht andernorts neue Möglichkeiten. Der Marshall-Plan half der europäischen Mittelschicht, aber auch der in den USA. Von wachsenden Märkten profitieren alle. Das ist – im Gegensatz zur Politik – einer der großartigen Merkmale der Wirtschaft. In der Wirtschaft gilt: Wenn dein Nachbar gut dran ist, bist auch du gut dran. In der Politik hingegen kann es sein, dass es deinem Nachbarn gut geht, dir aber nicht. Die Politik ist im Gegensatz zur Wirtschaft mehr ein Nullsummenspiel. Die Hoffnung ist, dass das auch erkannt wird. Wenn du etwa in einem entwickelten Land lebst und dein Rentenfonds Anteile an Apple hält, profitierst du als indirekter Shareholder, wenn sich Apple-Produkte in China und Indien gut verkaufen. All die großen Marken sind groß, weil sie an Milliarden von Menschen

in der globalen Mittelschicht verkaufen. Ich könnte problemlos darlegen, dass ein Großteil der Expansion im Wohnbereich, höherer Bildung, Finanzen, Versicherungen und in vielen anderen Dienstleistungen in der reichen Welt mit der Fähigkeit verbunden sind, auf dem Wohlstand aufzubauen, der durch den Handel mit Entwicklungsländern entstanden ist. Natürlich gibt es bei Handel und technologischer Entwicklung Übergangskosten. Es ist schwer zu sagen, wie lang der Übergang dauert und wie sich die Politik entwickelt. Das verweist auf den zentralen Punkt, dass es in einer sich schnell verändernden Welt überlebenswichtig ist, das Augenmerk auf Übergangskosten zu richten – und dazu zählt auch die Anpassung an neue Technologien.



HOMI KHARAS
ist stellvertretender Direktor
des Global Economy and
Development Program der
Brookings Institution in

Washington, D.C.

hkharas@brookings.edu

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



EINKOMMENSUNGLEICHHEIT

Schwer definierbare Mittelschicht

Die weit verbreitete Vorstellung vom „aufstrebenden Afrika“ mit einer stabilen und wachsenden Mittelschicht trifft so nicht zu. Solange es den afrikanischen Ländern an menschenwürdigen Arbeitsplätzen, einer gerechten Einkommensverteilung und universeller sozialer Absicherung fehlt, kann sich keine stabile Mittelschicht etablieren.

Von Ndongo Samba Sylla

Seit Jahrhunderten schon gilt die Mittelschicht als Pfeiler politischer Stabilität. Menschen, die „weder arm noch reich“ sind, befolgen zumeist gesellschaftliche Regeln und Gesetze, trachten nicht nach fremdem Eigentum und ziehen Staatsführer aus ihren eigenen Reihen heran. Ökonomen sehen eine wachsende Mittelschicht daher als Indikator für sozialen Fortschritt, dynamische Marktwirtschaft und Strukturwandel.

Allerdings sind Definition und Berechnung der Mittelschicht problematisch. In Afrika wird dies durch schlechte Datenqualität noch erschwert. Noch ist man uneins, welche Indikatoren die „Mittelschicht“ am besten definieren.

Internationale Entwicklungsorganisationen definieren Haushalte als arm, die weniger als 1,90 Dollar pro Person und Tag verdienen. Jene, die 11 bis 110 Dollar verdienen, bilden die Mittelschicht, und die dazwischen gelten als „armutsgefährdet“ (die Dollar-Angaben beziehen sich auf die Kaufkraftparität von 2011). Die weltweite Armutsgrenze liegt mit 1,90 Dollar jedoch viel zu niedrig, und der Schwellenwert für Mittelschichteinkommen diskriminiert die Menschen des globalen Südens. Die meisten von ihnen befinden sich am unteren Ende der Skala, und ihnen fehlt die soziale Absicherung, die anderswo existiert.

Dennoch werden diese Indikatoren weiterhin verwendet, weshalb Größe und Wachstum der afrikanischen Mittelschichten überschätzt werden.

Beispielsweise kam 2011 eine wegweisende Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank – „The middle of the pyramid“ („Die Mitte der Pyramide“) – zu dem

Schluss: „Das Wirtschaftswachstum der letzten zwei Jahrzehnte hat dazu beigetragen, die Armut in Afrika zu senken und hat die Mittelschicht vergrößert.“ Der Studie zufolge ist die afrikanische Mittelschicht zwischen 1980 und 2010 von 126 Millionen auf 350 Millionen – oder von 27 Prozent auf 34 Prozent der Bevölkerung – angewachsen. Dabei zählen alle Haushalte dazu, deren Pro-Kopf-Einkommen zwischen zwei und 20 Dollar am Tag liegt.

Solche Zahlen sind schwer zu glauben. Es ist unwahrscheinlich, dass die afrikanische Mittelschicht während und nach den jahrzehntelangen Strukturanpassungsprogrammen, durch die das Realeinkommen pro Kopf in vielen afrikanischen Ländern sank, so stark gewachsen ist. Der Effekt ist höchstwahrscheinlich vor allem auf die Haushalte am unteren Ende der Einkommensskala zurückzuführen, die über ein Pro-Kopf-Einkommen von zwei bis vier Dollar am Tag verfügen. Nimmt man diese Gruppe aus der Berechnung heraus, schrumpft die Mittelschicht auf 13,4 Prozent der Bevölkerung.

In ihrer Studie räumt die Afrikanische Entwicklungsbank diese Instabilität ein. „Etwa 60 Prozent der afrikanischen Mittelschicht, rund 180 Millionen Menschen, befinden sich nah an der Armutsgrenze“, schreiben die Autoren. „Sie können ständig aufgrund eines unvorhergesehenen Ereignisses in die Armut zurückfallen.“

KEIN AUFSTREBENDES AFRIKA

Nichtsdestotrotz hielt sich bis zur Pandemie das Bild einer wachsenden afrikanischen Mittelschicht in einem „aufstrebenden Afrika“, in welchem bessere Regierungsführung und hohe Rohstoffpreise weiterhin zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum im mittleren bis hohen einstelligen Bereich führen werden und die Einkommen steigen. Das ist im Wesentlichen ein PR-Bild, das Afrika in gutem Licht darstellen soll. Fakt ist, dass in Afrika die soziale und wirtschaftliche Grundlage für eine florierende Mittelschicht fehlt.

Als sich in Ost- und Südostasien die Mittelschichten entwickelten, schritt zugleich die Industrialisierung voran, etablierten sich stabile Arbeitsverhältnisse und soziale Absicherung. In Afrika haben die meisten Länder, auch die mit hohem Wirtschaftswachstum, einen solchen Wandel noch nicht erlebt. „Transformation ist ein langfristiger Prozess“, stellt das African Cen-



Mit Fischfang sichern sich Haushalte in Dakar ein Einkommen.

Foto: DEIM

ter for Economic Transformation in seinem Bericht „Growth with depth“ („Wachstum mit Tiefe“) von 2014 fest. „Dafür braucht es konstruktive Beziehungen zwischen Staat und Privatsektor.“

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt steht im Widerspruch zum euphemistischen Szenario einer florierenden Mittelschicht. Der Kontinent ist immer noch von prekären Beschäftigungsverhältnissen und sehr geringer sozialer Absicherung geprägt. Das machte auch der Ausbruch von Covid-19 deutlich: Die meisten Afrikaner lebten weder in den entsprechenden Verhältnissen, noch hatten sie die nötige Einkommenssicherheit, um die Lockdowns einigermaßen sicher und gut zu überstehen.

Der „Lockdown Readiness Index“ des UN World Institute for Development Economics Research führt fünf Indikatoren an, die aufzeigen, inwieweit Länder auf einen Lockdown vorbereitet sind:

- Zugang zu sicherem Trinkwasser;
- sanitäre Grundversorgung;;
- zuverlässiger Zugang zu Energie;

- Informations- oder Kommunikationsmöglichkeiten und
- eine Beschäftigung, die dauerhaft ausreichendes Einkommen generiert.

Daten aus 30 afrikanischen Ländern zeigten für das Jahr 2019, dass nur 6,8 Prozent der Haushalte insgesamt und 12,2 Prozent der städtischen Haushalte alle Voraussetzungen erfüllten.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch eine Umfrage des Partnership for Evidence-Based Response to Covid-19 (PERC) vom Februar 2021. In den 19 erfassten afrikanischen Ländern hatten mehr als drei Viertel der Haushalte aufgrund der Pandemie ihr Einkommen teilweise oder ganz verloren, in Uganda sogar 93 Prozent. Aufgrund fehlender sozialer Absicherung gefährdet dies die Ernährungssicherheit vieler Haushalte.

Warum werden trotzdem so viele afrikanische Haushalte in offiziellen Statistiken als „Mittelschicht“ geführt? Ein wesentlicher Grund sind die Rücküberweisungen von Verwandten, die im Ausland arbeiten.

Diese kurbeln den Konsum derjenigen an, die zu Hause im informellen Sektor tätig sind. Im Senegal etwa machen Rücküberweisungen zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Sie reduzieren zwar die Armut, tragen aber nicht unbedingt dazu bei, die wirtschaftliche Ungleichheit zu verringern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in Afrika keine aufstrebende Mittelschicht gibt, sondern ein verzerrtes Wirtschaftswachstum, von dem hauptsächlich die Oberschicht profitiert (siehe Kasten unten). Die afrikanischen Länder brauchen ein Entwicklungsmodell, das formelle Beschäftigungsverhältnisse und eine gewisse Einkommenssicherheit für alle schafft. Erst dann kann sich eine starke Mittelschicht herausbilden.



NDONGO SAMBA SYLLA
ist Forschungs- und
Programmmanger bei der
Rosa-Luxemburg-Stiftung.
n.sylla@rosalux.sn

Arm und reich

Reiche „Afrokapitalisten“ mögen für Schlagzeilen sorgen – für die meisten Afrikaner aber ist selbst ein Leben in der Mittelschicht unerreichbar.

In den letzten Jahrzehnten sind die meisten neuen Arbeitsplätze in Afrika im informellen Sektor entstanden, wo die Einkommen niedrig und prekär sind. Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge machten sie im Jahr 2016 86 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse aus (72 Prozent bei nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigungen). Der informelle Sektor bietet den Arbeitnehmern nur begrenzten oder häufiger keinen sozialen Schutz.

Einige Afrikaner trifft das nicht. In den letzten Jahren ist die Zahl der „high net-worth individuals“ (HNWIs) – Perso-

nen mit einem investierbaren Vermögen von mindestens einer Million Dollar – in Afrika sprunghaft angestiegen. Daten des Beratungsunternehmens Capgemini zufolge, das den „World Wealth Report“ herausgibt, ist ihre Zahl von 95 000 im Jahr 2008 auf 177 000 im Jahr

2019 gestiegen. Der Lebensstil dieser „Afrokapitalisten“ ist mit dem der Reichen im Globalen Norden vergleichbar.

Zudem gibt es noch eine relativ kleine Gruppe an Fach- und Führungskräften, die von ihrer guten Bildung und einem starken Anstieg ausländischer Direktinvestitionen profitiert haben. Letztere haben sich in Afrika zwischen 1990 und 2017 vervierfacht, was zu einer ho-

hen Fachkräftenachfrage geführt hat. Diese wurde durch Geldflüsse internationaler privater Kapitalgeber und offizieller Entwicklungshilfeprogramme noch verstärkt. So ist eine afrikanische Manager-Elite herangewachsen, welche die obere Mittelschicht vergrößert.

Doch beide Gruppen – die Superreichen und die Wohlhabenden – sind Minderheiten. Die Existenz von Dollar-Milliardären wie dem nigerianischen Industriellen Aliko Dangote oder wohlhabenden Managern sollte nicht als Beleg für die Etablierung einer breiten Mittelschicht gelten. Die relativ wenigen Erfolgsgeschichten stehen in scharfem Kontrast zur Menge der Afrikaner, die im informellen Sektor beschäftigt ist. NSS

LINK

Capgemini: World Wealth Report
<https://worldwealthreport.com/>



Superreiche
Philanthropen sind überall auf der Welt eine winzige Minderheit: Aliko Dangote, Mo Ibrahim und Bill Gates bei einer Veranstaltung in New York City im Jahr 2019.



In Äthiopien gehen höhere Kaufkraft und größeres Angebot von Konsumgütern nicht mit stärkerer Demokratie einher: Verkäufer in Addis Abeba.

SOZIALSTRUKTUR

Mythen und Wirklichkeit

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist von Mittelschichten des globalen Südens die Rede – auch in der entwicklungspolitischen Literatur zu Afrika. Aber wer ist damit gemeint? Der im Englischen verwendete Begriff *middle classes* sollte jedenfalls nicht mit dem marxistischen Klassenbegriff verwechselt werden. Gemeint ist vielmehr eine Position irgendwo zwischen „oben“ und „unten“. Was Mittelschicht bedeutet, bleibt in der Tat allzu nebulös.

Von Henning Melber

Die Mittelschichten des globalen Südens erlangten vor allem dadurch Aufmerksamkeit, dass das Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern die dortige Sozialstruktur veränderte. In Ost- und Südostasien (und besonders in China) entkamen mit zunehmender Industrialisierung immer mehr Menschen schnell der Armut. Um als Mittelschicht zu gelten, reichte allerdings schon ein prekäres Mindesteinkommen. Dabei wird gern übersehen, dass die unteren Gruppen dieser so weit gefassten Mittelschicht keineswegs in stabilen Verhältnissen leben. Raphael Kaplinsky von der britischen Open University meinte 2014 spöttisch, alle, die

nicht Hunger litten, gehörten wohl nunmehr zur Mittelschicht.

In Entwicklungsdebatten wurde diese weitgefaste Mittelschicht dennoch zum Hoffnungsträger. Experten, darunter Weltbank-Chefökonom Martin Ravallion und Nancy Birdsall vom Center for Global Development, hielten sie auf nationalstaatlicher Ebene für Motoren wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung. Entsprechend forderten verschiedene Stimmen – wie etwa der Thinktank Brookings Institution in Washington –, die wachsenden Mittelschichten müssten gestärkt werden. Beispielhaft war diesbezüglich der Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development) zu den globalen Entwicklungsperspektiven 2012. Auch die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB – African Development Bank) und die UN Economic Commission for Africa teilten die Euphorie.

WUNSCHDENKEN

Die großen Erwartungen entpuppten sich allerdings als Wunschdenken, das positive Merkmale bestimmter gesellschaftlicher

Entwicklungen betonte und den Gesamtkontext eher vernachlässigte. Die Wirklichkeit sieht anders aus als die Mythen von der großen, kohärenten und progressiven Mittelschicht:

- Diese Bevölkerungsgruppen sind mancherorts kleiner als gern angenommen. So urteilte der Londoner Economist schon Ende 2015, dass Afrikaner hauptsächlich reich oder arm seien, aber nicht der Mittelschicht angehörten. Auch wachsen die Mittelschichten nicht mehr stark – und das nicht erst seit der Covid-19-Pandemie. Diverse Studien legen nahe, dass nicht die Mitte afrikanischer Gesellschaften am schnellsten wächst, sondern dass die Schere zwischen unteren und oberen Gruppen sich weiter öffnet – wobei beide größer werden.
- Entgegen der verbreiteten Annahme tragen Mittelschichten auch nicht zwangsläufig zur wirtschaftlichen Entwicklung afrikanischer Gesellschaften bei. Sie verfolgen selbstverständlich Einzelinteressen, aber dass sie darüber hinaus volkswirtschaftliches Wachstum antreiben, ist nicht belegt.
- Leider ist auch nicht festzustellen, dass mit zunehmender Kaufkraft mancher Bevölkerungsgruppen in Afrika auch die Demokratie erstarkt wäre. Das gilt nur für bestimmte Zeiten in wenigen Ländern wie etwa Ghana. Es gibt indessen auch Gegenbeispiele wie Äthiopien und Tansania. Die Erfahrung lehrt, dass Mittelschichten sich loyal zum Staat verhalten, wenn sie von Regierungspolitik profitieren – egal, wie demokratisch oder autoritär diese sein mag. Tat-

sächlich ergab eine Afrobarometer-Umfrage 2012 in zahlreichen Ländern Afrikas, dass Angehörige der Mittelschichten den vergleichsweise weniger Gebildeten nicht zu trauen, bei Wahlen verantwortungsvoll abzustimmen. Mit steigendem Bildungsgrad tendierten Befragte dazu, das Wahlrecht für alle abzulehnen. Ein solch exklusives Verständnis von Teilhabe läuft bestenfalls auf „Demokratisierung“ für eine Elite hinaus.

BLINDE FLECKEN

Welche Merkmale machen denn nun eigentlich die Mittelschicht aus? Der Begriff ist nicht klar definiert. Zahlenspielerereien mit Blick auf Einkommensdaten sind auf problematische Weise unterkomplex. Es gilt, weitere wichtige Merkmale zu bedenken – wie etwa Beruf, Bildung, sozialer Status, Lebensstil und kulturelle Normen. Sie alle sind für politische Orientierung und gesellschaftliche Einflussnahme relevant.

Forschungsarbeiten in verschiedenen Ländern (Ghana, Kenia, Mosambik und Südafrika) zeigen, dass es nicht sinnvoll ist, verallgemeinernd von einer „afrikanischen Mittelschicht“ zu sprechen. Identitätsvorstellungen prägen Verhalten, beruhen aber nicht nur auf Hierarchien und Einkommen. Verwandtschaft (häufig sind Großfamilien noch zumindest teilweise intakt), städtisch-urbanen Beziehungsgeflechte, Religion, regionale Herkunft, Sprache und Ethnizität sind allesamt wichtig. Auch Gender ist eine bedeutsame Kategorie – zumal angesichts vieler von Frauen geführter Haushalte. Die Zusammensetzung eines Haushalts entspricht tatsächlich oft nicht westlichen Vorstellungen von der Kleinfamilie.

Es ist keine Besonderheit westlicher Konsumgesellschaften, dass sich von Beruf, Einkommen und sozialer Position persönliche Ansichten nicht automatisch ablesen lassen. Auch in Afrika positionieren sich Menschen sehr unterschiedlich.

Wichtig ist obendrein, welche Bedeutung jeweils die informelle Ökonomie und klientelistische Beziehungen haben. Viele Angehörige der breit definierten Mittelschicht haben keinen stabilen Wohlstand erreicht. Soziale Sicherung gibt es für viele jenseits der Großfamilie immer noch nicht. Verwandtschaftsbeziehungen stehen aber unter hohem Druck – unter anderem wegen der Gegensätze zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Generationen.

Der Entwicklungssoziologe Dieter Neubert von der Universität Bayreuth schlug bereits 2015 vor, die Unterteilung in unterschiedliche Milieus und das Konzept der „kleinen Lebenswelten“ („Mikromilieus“) zu nutzen, um politische Prozesse – nicht nur in Afrika – genauer zu analysieren. So können soziokulturelle Faktoren erfasst werden, die politische Präferenzen und Positionierungen stark beeinflussen.

GENAU HINSEHEN

Insgesamt lassen sich folgende Befunde festhalten:

- Wer Mittelschichten in Afrika oder anderswo analysieren möchte, darf nicht nur unterschiedliche Einkommenshöhen berücksichtigen. Forschende müssen auch die oben genannten soziokulturellen Unterschiede einbeziehen.
- Es wird zwar vielfach kritisiert, dass Mittelschicht meist nur mit ökonomischen Kriterien definiert wird, aber es gibt bislang keine bessere Begriffsbestimmung, die für die Analyse von Ungleichheit, Sozialstruktur und Differenzierungsprozessen mehr leisten würde.
- Die Aussage, Mittelschichten seien tendenziell fortschrittlich und demokratisch orientiert, suggeriert eine konzeptionelle Klarheit, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Wir müssen viel genauer hinschauen.

Ungeachtet dieser begründeten Einwände bleibt es aber weiterhin sinnvoll,

sich mit Afrikas Mittelschichten auseinanderzusetzen. Deren eigentliche Größe und Substanz muss sowohl in wirtschaftlicher wie auch politischer Hinsicht genauer untersucht werden. Dabei wäre es durchaus sinnvoll, sich von der Klassentheorie inspirieren zu lassen. Sie achtet auf den Besitz von Produktionsmitteln, wodurch deutlich wird, wer ökonomisch von wem abhängt. Das würde dazu beitragen, den Mittelschichtsbegriff zu entmythologisieren.

QUELLEN

OECD – Perspectives on global development 2012: Social cohesion in a shifting world: <https://www.oecd.org/development/pgd/perspectivesonglobaldevelopment2012socialcohesioninashiftingworld.htm>

Neubert, D., 2015: Die Fallen der „Rumsfeld Utopie“. Das widersprüchliche Verhältnis zwischen Mittelschichten, Zivilgesellschaft und Demokratie. In: Hauck, G., Lentz, I., Wienold, H., (Hrsg.), 2015: Entwicklung, Gewalt, Gedächtnis. Münster, Westfälisches Dampfboot 2015, S. 128-141.



HENNING MELBER
ist ehem. Forschungsdirektor des Nordic Africa Institute und emeritierter Direktor der Dag Hammarskjöld-Stiftung,

beide in Uppsala, und außerordentlicher Professor an der University of Pretoria und der University of the Free State in Bloemfontein.
henning.melber@nai.uu.se



In Ghana ist die Demokratie stärker geworden: Stimmgabe im Dezember 2020, als die Wahlen trotz Pandemie stattfanden.

LEBENS-PERSPEKTIVEN

Größere Chancen im Ausland

Das große Thema Nigerias ist wachsende Armut. Viele Angehörige der Mittelschicht wollen auswandern.

Von Ben Ezeamalu

Extreme Armut bedeutet, dass Menschen unmittelbare Bedürfnisse nicht befriedigen können. Subsahara-Afrika ist die am stärksten betroffene Weltregion. 2015 lebte laut Weltbank die Hälfte der extrem Armen weltweit in fünf Ländern. In absteigender Reihenfolge waren das Indien, Nigeria, die DR Kongo, Äthiopien und Bangladesch. Tendenziell gingen die Armutsquoten in Süd-asien aber schnell zurück, während sie in Afrika weitgehend stabil blieben. Zeitweilig hatte Nigeria sogar mehr extrem Arme als Indien, was sich wegen der Covid-19-Katastrophen dort aber kürzlich wieder umkehrte.

Der Weltbank-Definition zufolge haben arme Menschen pro Tag und Kopf eine Kaufkraft von weniger als 1,90 Dollar. 2019 traf das auf 83 Millionen Nigerianer oder 40 Prozent der Bevölkerung zu, wie die nationale Statistikbehörde in ihrer Veröffentlichung „Poverty and Inequality in Nigeria“ berichtete. Der Anteil der Armen war früher deutlich kleiner. Als das Land 1960 unabhängig wurde, ging es laut den damals gülti-

gen, vergleichbaren Kriterien nur um 15 Prozent der Bevölkerung.

Von 1999 bis 2011 waren Nigerias Öl- und Gasexporte laut Weltbank 300 Milliarden Dollar wert. Die Bevölkerung wächst jedoch schnell und wird sich voraussichtlich bis Ende 2050 von heute 211 Millionen auf 401 Millionen fast verdoppeln. Massen fühlen sich ausgegrenzt und sind wütend. Ihre Zahl wird immer größer.

Ein Staatschef nach dem anderen startete Armutsbekämpfungsprogramme. Die Ergebnisse blieben mager. Das galt gleichermaßen für:

- das Poverty Alleviation Programme des Diktators Sani Abacha von 1996,
- das National Poverty Eradication Programme seines gewählten Nachfolgers Olusegun Obasanjo ein paar Jahre später oder auch für
- die Transformation Agenda von Goodluck Jonathan.

Im Februar 2020 berief der heutige Präsident Muhammadu Buhari den National Council on Poverty Reduction. Ergebnisse lassen sich noch nicht bewerten. Die meisten Menschen halten staatliche Akteure jedoch für unseriös, korrupt und unverantwortlich. Gewaltkonflikte verschärfen in verschiedenen Regionen die Probleme.

Nigeria ist ein paradoxes Land. In den ersten zehn Jahren dieses Millenniums wuchs die Wirtschaft jährlich um sieben Prozent. Dennoch stieg von 2004 bis 2010 die Zahl der Armen von 69 Millionen auf 110 Millionen. Andererseits wuchs die Zahl der Milliardäre um 44 Prozent. Oxfam zufolge hatten die fünf reichsten Nigerianer 2016 zusammen ein Gesamtvermögen von 30 Milliarden Dollar – und 24 Milliarden Dollar hätten gereicht, um die extreme Armut im Land zu beenden.

Buharis erklärte Absicht ist, bis 2030 mindestens 100 Millionen Nigerianer aus der Armut zu befreien. Allerdings hat die Corona-Pandemie die zweite Rezession in nur vier Jahren ausgelöst. Die Wirtschaftsagentur Bloomberg hat berichtet, die Volkswirtschaft sei 2020 um 1,9 Prozent geschrumpft, und das Wachstum halte seit 2015 nicht mehr mit der Bevölkerungsentwicklung mit. Das Pro-Kopf-Einkommen sinkt also.

In der Hoffnung auf größere Chancen ziehen viele Arme vom Land in die Städte. Massenhaft erkennen Nigerianer auch im Ausland bessere Lebensperspektiven – was besonders für die Mittelschicht gilt. Eine Umfrage von Afrobarometer ergab 2017, dass ein Drittel der Bevölkerung Auswanderung in Erwägung gezogen hatte, um Arbeit zu finden (wie 35 Prozent sagten), der Not zu entkommen (31 Prozent) oder bessere Geschäftschancen zu nutzen (10 Prozent).

Immer mehr Menschen sind so verzweifelt, dass sie auch illegal emigrieren. Laut US-Regierung hat sich die Zahl der Nigerianer, die mit abgelaufenem Visum in den Staaten bleiben, von 2015 bis 2020 vervierfacht. Statt für vier Prozent der nigerianischen Studenten 2015 hätte das voriges Jahr für 22 Prozent gegolten. Die USA haben die Visumsvergabe nun restriktiver.

Die EU hat Nigeria gewarnt, sie werde das auch tun, wenn das Land nicht bei der Repatriierung von aus Europa ausgewiesenen Landsleuten kooperiere. 2019 gab es mehr Asylanträge von Nigerianern (10 783) als von Indern (10 354). Dabei stellten Nigerianer erstaunliche 37 Prozent aller afrikanischen Asylanträge in der EU.



BEN EZEAMALU
arbeitet als Journalist für die
Premium Times in Lagos.
ben.ezeamalu@gmail.com
Twitter: @callmebenfigo



Sägewerk in einem Slum von Lagos.

SOZIALE SCHICHTEN

„Das Versprechen gut bezahlter, sicherer Jobs hat sich nicht erfüllt“

Duncan Green von Oxfam erläutert, weshalb sich ökonomisches Denken zugunsten einer stärkeren Rolle des Staates zu ändern scheint. Das marktorthodoxe Paradigma hat nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. Breiter Mittelschichtwohlstand bleibt eine Illusion – besonders in den riesigen informellen Sektoren Afrikas und Südasiens. Um Armut nachhaltig zu reduzieren, ist aus Greens Sicht sowohl nationalstaatliche als auch multilaterale Politik nötig.

Duncan Green im Interview mit Hans Dembowski

Jahrzehntelang hat marktorthodoxes Denken die internationalen Finanzinstitutionen geprägt. Ist Wohlstand nach unten durchgesickert?

Es ist nicht viel unten angekommen, aber es ist kräftig nach oben umverteilt worden. Die Ungleichheit ist gewachsen und die ökologischen Schäden sind riesig. Die Ideologie des freien Marktes hat in reichen Ländern zur Finanzrealisierung geführt: früher diente die Finanzwirtschaft der Volkswirtschaft, heute ist es umgekehrt. Auch die Exportsektoren von Entwicklungs- und Schwellenländern dienen der Finanzwirtschaft. Eine kleine Oligarchie ist reicher geworden, den Armen hingegen geht es schlechter – und ihre Zahl ist gewachsen.

Sieht das nicht in Entwicklungs- und Schwellenländern anders aus? Die Kaufkraft ist vielfach gestiegen. Bangladesch ist ein Beispiel. Als ich vor vier Jahren in Dhaka war, machte mein Gastgeber mich darauf aufmerksam, dass in der Stadt niemand mehr barfuß war. Anfang der 1990er Jahre waren dort manche Menschen so arm, dass gelegentlich sogar Erwachsene nackt in der Öffentlichkeit auftauchten.

Ja, ein paar Brotkrumen sind vom Tisch gefallen, aber nur recht wenige. Wenn Länder Wachstumsraten wie Bangladesch haben,

nimmt die Wirtschaftstätigkeit zu, und davon profitieren auch Arme. Das gilt ebenso für Indien und verschiedene andere Länder. Aber Flipflops sind kein Zeichen von

Also gab es keinen echten Fortschritt im Kampf gegen die Armut?

In manchen ostasiatischen Staaten ist die Lage besser. Sie sind einem anderen marktwirtschaftlichen Paradigma gefolgt, das nicht mittels Deregulierung nur auf die Minimierung staatlicher Eingriffe fokussiert. Sie haben Industriepolitik betrieben, um bestimmte Branchen international wettbewerbsfähig zu machen und ihre Volkswirtschaften allmählich zu industrialisieren. Frühe Beispiele waren Südkorea und Taiwan, aber China und Vietnam machen das ähnlich. Die Fortschritte, die sie in der



„Flipflops sind kein Zeichen von stabilem Wohlstand“: Bauarbeiter am Rand des Ballungsraums von Dhaka.

stabilem Wohlstand. Viel zu viele Menschen hängen weiterhin vom informellen Sektor ab – nicht nur, aber besonders in Südasien und Afrika. Das Versprechen, Wirtschaftswachstum werde massenhaft sichere und gut bezahlte Jobs schaffen, hat sich nicht erfüllt.

Armutsbekämpfung gemacht haben, sehen stabiler aus.

Unter welchen Bedingungen geschieht das?

Das ist schwer zu sagen; es gibt keine magische Formel. Klar ist, dass der Staat eine gewisse Autonomie haben muss, also nicht

von Sonderinteressen dominiert werden darf. Auch die Privatwirtschaft ist wichtig. Wo große Ungleichheit herrscht, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass mächtige Interessen sich den Staat unterwerfen. Die superreiche Elite kauft dann nach Belieben politische Entscheidungen.

Wer bildet die Mittelschicht, und welche Rolle spielt diese im Entwicklungsprozess?

In der internationalen Debatte bedeutet Mittelschichtzugehörigkeit, dass Menschen sich keine Sorgen darüber machen müssen, ob sie morgen etwas zu essen bekommen, und sich folglich um mehr als ihre unmittelbaren Bedürfnisse kümmern können. Die konventionelle Einschätzung ist, dass sie dann in der Politik mitreden wollen. Das stimmt aber nicht überall. Auf eine Art Mittelschichts-Gegenrevolution in China wird seit Jahrzehnten ergebnislos gewartet. Andererseits haben sich Südkorea und Taiwan tatsächlich demokratisiert. In Indien dagegen unterstützen sehr viele Mittelschichtsangehörige auf katastrophale Weise zunehmend autoritäres Regierungshandeln. Es gibt keinen Automatismus, der auf Wirtschaftswachstum das Entstehen einer fortschrittlichen Mittelschicht folgen ließe. Die große Frage ist, mit wem sich die Mittelschicht verbindet. In Brasilien war die Arbeiterpartei (PT) lange eine mächtige Allianz von der Mittelschicht mit den Armen. Vielleicht hat sie bei den Wahlen nächstes Jahr wieder Erfolg.

Was lässt Menschen der Armut entkommen?

Nötig sind Sozialpolitik plus Arbeitsplätze. Eine Lehre der Corona-Pandemie ist, dass es dort, wo es funktionierende Sicherungssysteme gab, vergleichsweise leicht fiel auf die Krankheit zu reagieren und die bestehenden Systeme auszuweiten. Vielleicht bauen Nationen ihre soziale Sicherung nun langfristig aus. Das wäre jedenfalls eine gute Konsequenz dieser schrecklichen Gesundheitskrise.

Was ist für nachhaltigen Mittelschichtwohlstand erforderlich?

Politische Stabilität und Rechtssicherheit sind wichtig. Darüber hinaus kommt es auf soziale Infrastrukturen an. Niemand sollte für Strom Schmiergeld zahlen müssen. Zugang zu Bildungs- und Gesundheitswesen ist unverzichtbar. Wer sehr reich ist, schickt

seine Kinder auf die Harvard-Universität oder die London School of Economics. Diese Leute reisen auch für Arztbesuche ins Ausland – oder fürs Shopping. Mittelschichten können sich so etwas nicht leisten. Sie sind auf das angewiesen, was vor Ort erhältlich ist. Das macht sie potenziell tatsächlich zu wichtigen Akteuren für gesellschaftlichen Fortschritt – nur handeln sie halt nicht immer entsprechend.

Ist nationalstaatliche oder multilaterale Politik nötig, um Armut zu beenden?

Beides ist nötig. Die wichtigsten Instrumente für Armutsbekämpfung sind nationalstaatlich, und wirkungsvolles Regierungshandeln ist wesentlich. Andererseits brauchen wir multilaterale Politik für globale öffentliche Güter. Kein Einzelstaat kann das Klima allein schützen. Gesundheitsrisiken erfordern globales Handeln. Was Steuern angeht, muss der Wettlauf nach unten beendet werden. Es gibt für globale öffentliche Güter noch viele weitere Beispiele ...

Der Internationale Währungsfonds (IWF) weicht seit einiger Zeit von der Doktrin freier Märkte ab. Er spricht sich für einen starken Staat und massive öffentliche Ausgaben aus. Ist dieser Wandel echt?

Wenn Sie sich anschauen, wie der IWF sich gegenüber einzelnen Partnerregierungen gibt, sehen Sie nicht viel Veränderung. Die Ermahnungen zu solider Haushaltsführung und so weiter bestehen fort. Aber im multilateralen Kontext hat sich der Fonds stark gewandelt. Aus meiner Sicht entspricht das der professionellen Debatte unter Ökonomen. Die Ideologie des freien Marktes ist offensichtlich gescheitert. Staatsausgaben und Haushaltsdefizite lösen ihr zufolge Inflation aus. Aber das ist nicht geschehen – und zwar weder heute noch nach der globalen Finanzkrise von 2008. Zudem sind, wie schon erwähnt, die vielen in Aussicht gestellten guten Arbeitsplätze ausgeblieben. Vor ein paar Wochen urteilte das Londoner Wirtschaftsmagazin Economist, das internationale Paradigma verändere sich derzeit zugunsten eines starken Staates. Ein Beleg dafür, dass sich tatsächlich etwas tut, ist das ungeheure Ausmaß, in dem Präsident Joe Biden die Staatsausgaben der USA steigern will.

Früher unterstützte der IWF meist die Politik des Weißen Hauses, diesmal änderte er

jedoch sein Konzept lange vor Bidens Amtsantritt.

Die Geometrie der internationalen Politik ist hoch variabel. Früher dachten zivilgesellschaftliche Organisationen, sie wüssten, wer die Guten und wer die Bösen sind. Heute ist alles sehr verwirrend, weil immer wieder neue, ungewohnte Allianzen entstehen. In der Klimapolitik ergreifen plötzlich Städte die Initiative und dann Versicherungsunternehmen oder andere Großinvestoren. Inzwischen beschäftigen sich Zentralbanken und Gerichte mit Klimathemen. Für kluge Bündnispolitik müssen wir uns in Akteure mit völlig unterschiedlichen Hintergründen hineindenken und können uns nicht einfach nur mit Gleichgesinnten zusammentun.

Wie passen die Rechtspopulisten ins Bild? Einerseits wettern sie gegen Globalisierung und sagen unzufriedenen Menschen, sie würden betrogen. Andererseits nutzen sie, wenn sie in politische Ämter gewählt werden, die staatlichen Mittel nicht, um die Lebenslage ihrer Wähler zu verbessern. Regelmäßig dienen sie dagegen den Interessen einer superreichen Minderheit, die den Staat ablehnt, weil sie weder Steuern zahlen noch Umweltregeln oder Arbeitsnormen akzeptieren will. Rechtspopulisten leugnen den Klimawandel, sind sozialpolitisch eher unbedarft und scheinen mehr an Polarisierung als an Problemlösung interessiert zu sein. Multilaterale Organisationen wollen dagegen globale Probleme angehen.

Das Szenario ist sehr verwirrend. Es gibt in der Tat den Trend, dass arme Menschen mit geringer Bildung rechts wählen, während wohlhabende, hochgebildete Menschen Mitte-links-Parteien vorziehen. Marxisten fällt es schwer, das zu erklären. Ich teile aber Ihre Einschätzung nicht, dass die Superreichen den Staat ablehnen. Sie sind Opportunisten. Wenn sie in Krisen Rettungsschirme brauchen, lieben sie den Staat. Sie wollen von ihm in guten Zeiten nur nicht eingeschränkt werden. Sie lehnen den Staat nicht ab, sie wollen ihn sich unterwerfen und kontrollieren.



DUNCAN GREEN
ist Senior Strategic Adviser
von Oxfam Britain und
Professor für
entwicklungspolitische Praxis

an der London School of Economics.

d.j.green@lse.ac.uk

twitter: @fp2p



Elektro-Müll auf einem Schrottplatz in Ghana, 2019.

PLANETARE GRENZEN

Nicht nachhaltiger Konsum

Westliche Gesellschaften sind auf Konsum von Waren und Dienstleistungen ausgelegt. Es geht mehr um die Befriedigung von aktuellen Wünschen als um Grundbedürfnisse. In Entwicklungs- und Schwellenländern steigt die Kaufkraft und damit auch der Konsum. Das westliche Model ist jedoch nicht nachhaltig – vor allem nicht, wenn es weltweit nachgeahmt wird.

Von Mahwish Gul

Der Autor Peter N. Stearns (2006) spricht von einer Konsumgesellschaft, wenn „viele Menschen ihre Lebensziele teilweise darauf ausrichten, Güter zu erwerben, die sie offensichtlich weder für den Lebensunterhalt noch zur traditionellen Lebensführung benötigen“. Shoppen wird dann extrem wichtig, und die Menschen gründen ihr Identitätsgefühl auf die endlos vielen neuen Dinge, die sie erwerben. Stearns zufolge hat das 20. Jahrhundert Menschen zu Konsumenten gemacht.

Der konsumistische Lebensstil ist durch permanentes Kaufen von Dingen geprägt, die genutzt und weggeworfen werden. Die Nachfrage nach Dingen sei artifiziell, da

es nicht um Grundbedürfnisse gehe, betont Stearns. Werbung, Gruppenzwang und die bloße Erhältlichkeit von Konsumgütern erzeugen einen unstillbaren Hunger nach immer mehr. Im Europa und Nordamerika des 20. Jahrhunderts gelang es Privatunternehmen, ihre Produktions- und Distributionskapazitäten so auszuweiten, dass ihre größte Herausforderung nun darin besteht, neue Konsumnachfragen zu schaffen, um diese Kapazitäten voll auszunutzen.

Das Problem: Konsum ist nicht nachhaltig für die Umwelt. Die Ressourcen unseres Planeten sind nicht nur begrenzt, sondern bereits überstrapaziert. Dennoch schießen in urbanen Gebieten in Entwicklungs- und Schwellenländern immer mehr Shopping Malls wie Pilze aus dem Boden.

Eine aktuelle Veröffentlichung (UNEP, 2021a) verdeutlicht das: Die Menschheit verbraucht jährlich die Ressourcen von 1,6 Planeten. Der rasante Raubbau an der Natur bedeutet, dass unser Planet sich nicht mehr regenerieren kann; Naturschutz allein kann das Kollabieren von Ökosystemen und Artenvielfalt nicht verhindern. Es ist zu erwarten, dass alles noch schlimmer kommt. Dem aktuellen Trend nach braucht

die Menschheit bis 2030 das Äquivalent von zwei Erden, um dieses Konsummuster beizubehalten. Würde der durchschnittliche Erdbewohner so viel konsumieren wie der Durchschnittsdeutsche, bräuchte unsere Spezies dem unabhängigen Global Footprint Network zufolge sogar drei Planeten.

DREIFACH-KRISE

Die internationale Gemeinschaft steuert auf eine dreifache Umweltkrise zu. Klimawandel, der Verlust von Artenvielfalt und Verschmutzung machen unseren Planeten unbewohnbar, konstatiert ein weiterer Bericht (UNEP, 2021b). Alle drei Trends sind gefährlich – und sie verstärken einander.

- Die Klimaverpflichtungen, die Regierungen bisher eingegangen sind, kommen nicht annähernd an das heran, was es braucht, damit die Durchschnittstemperatur um weniger als 1,5 Grad Celsius ansteigt. Forscher warnen, dass die Probleme unkontrollierbar werden, wenn diese Grenze überschritten wird. Bisher sind die Temperaturen um etwa ein Grad gestiegen, die Ökosysteme leiden zweifellos bereits darunter.

- Die Menschheit ist Zeuge eines großen Artensterbens. Von etwa acht Millionen Pflanzen- und Tierspezies wird in den kommenden Jahren wohl eine Million aussterben. Geringere Artenvielfalt schwächt die Ökosysteme; der Klimawandel wird sie heftiger treffen, und sie können weniger dazu beitragen, diesen unter Kontrolle zu halten.

- Verschmutzung verstärkt diese Trends. Neben Klimagasen sind auch diverse andere Chemikalien ein Problem (siehe Schwerpunkt im D+C/E+Z e-Paper 2021/03).

Ursache für diese dreifache globale Krise ist nichtnachhaltiger Konsum. Die Modeindustrie verursacht bis zu zehn Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Sie trägt dazu bei, dass jährlich mehr als 150 Millionen Bäume gefällt werden, und verbraucht 93 Milliarden Kubikmeter Wasser – etwa vier Prozent des jährlichen Frischwasserverbrauchs. Das Färben und Behandeln von Kleidern trägt zu 20 Prozent der industriellen Wasserverschmutzung weltweit bei (siehe Olga Speranskaya im Fokus des D+C/E+Z e-Paper 2021/03). Mehr als ein Drittel des Mikroplastiks in den Weltmeeren wird aus Kunstfasern herausgewaschen.

Die Modeindustrie ist somit einer der größten Umweltzerstörer. Sie lebt eine Kul-

tur der Überproduktion und des Massenkonsums. „Fast fashion“ ist sogar dazu gedacht, nur wenige Male getragen zu werden – mehr als die Hälfte davon wird innerhalb eines Jahres weggeworfen. Laut der Ellen McArthur Stiftung, die privatwirtschaftliche Großunternehmen vernetzt, verbrennt oder entsorgt die Menschheit pro Sekunde einen Müllwagen voll Kleidung. Ein Viertel aller Textilien wird schon während der Herstellung weggeworfen. Der Verbrauch von Kleidung hat sich in den letzten 15 Jahren laut dem unabhängigen World Resources Institute verdoppelt. Die Pro-Kopf-Nachfrage ist in entwickelten Ländern weiter sehr hoch, die Mittelklassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas holen langsam auf.

Das Konsumverhalten wirkt sich auch massiv auf den Lebensmittelsektor aus. Da immer mehr Menschen mehr Geld haben, steigt die Nachfrage nach eiweißreicher Kost wie Fleisch, Fisch und Milch um ein Vielfaches. Laut Branchen-Experten wird derzeit weltweit jedes Jahr etwa 1,4 Prozent mehr Fleisch verbraucht. Um diese Waren zu erzeugen, werden immer mehr Land, Wasser, Dünger, Pestizide und Antibiotika gebraucht. Eine Konsequenz ist die Zerstörung von Wäldern, um Platz für Weiden zu schaffen, die weder CO₂ speichern noch vielen Arten Lebensraum bieten.

Ohnehin wird bis 2050 die wachsende Weltbevölkerung 60 Prozent mehr Essen brauchen als bislang produziert wird.

Pflanzliche Ernährung ist deutlich weniger aufwändig. Würden landwirtschaftliche Produkte nicht mehr als Tierfutter verwendet, hätten vier Milliarden mehr Menschen ausreichend zu essen, errechneten Forscher der Universität von Minnesota. Andererseits verderben 30 Prozent der erzeugten Lebensmittel vor dem Verzehr – innerhalb der Versorgungskette oder nach der Vermarktung.

Die Nachfrage nach Energie wird bis 2050 zwischen 50 und 70 Prozent steigen, wobei fossile Brennstoffe rund 80 Prozent des gesamten Primärenergieverbrauchs ausmachen. Dieser Anstieg wird vor allem auf den erwarteten Verbrauch in Entwicklungsländern zurückgeführt, die bislang weitgehend von fossilen Energieträgern abhängig sind.

ELEKTROSCHROTT

Auch technische Geräte machen Probleme. Heutzutage nutzen Massen von Menschen Fernseher, Mobiltelefone, Computer und weiteres, für deren Produktion Energie und Rohstoffe verbraucht werden. Elektroschrott wird kaum recycelt, ein inakzeptabel großer Anteil davon wird in Entwicklungsländern von informellen Arbeitskräften unter gefährlichen Bedingungen verarbeitet.

Laut dem von der UN unterstützten Global-E-Waste-Monitor 2020 wurden 2019 weltweit rekordverdächtige 53,6 Millionen Tonnen Elektroschrott erzeugt – fast ein

Viertel mehr als fünf Jahre zuvor. Der gesamte E-Müll beläuft sich mittlerweile auf 7,3 Kilo pro Erdenbürger. Weniger als 20 Prozent werden gesammelt und recycelt. Bis 2035 wird sich der E-Müll vermutlich verdoppeln. Das ist ein Umweltproblem – und ein Gesundheitsrisiko.

Unser Konsumverhalten steht nicht im Einklang mit natürlichen Ressourcen. Menschliches Handeln hat laut Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) drei Viertel des Erdbodens und mehr als die Hälfte der Ozeane verändert. Haupttreiber sind intensive Landwirtschaft, Überfischung, Energieproduktion und Gewinnung von Rohstoffen. Die IPBES versorgt die internationale Gemeinschaft mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen – ähnlich wie der Weltklimarat (IPCC).

Unsere auf unendliches Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsmodelle sind mit den endlichen Ressourcen unserer Erde nicht vereinbar. Partha Dasgupta war Hauptautor eines aktuellen Berichtes dazu, wie die Natur in ökonomische Modellierungen einbezogen werden könnte (siehe Katja Dombrowski im Monitor des D+C/E+Z e-Paper 2021/04). Wirtschaftliches Denken muss dringend planetare Grenzen berücksichtigen. Sonst zerstören wir weiter die Basis der menschlichen Existenz – die Natur. Die Natur braucht uns nicht, wir aber brauchen sie. Wir müssen anfangen, mit der Natur in Harmonie zu leben – und wir haben keine Zeit zu verlieren.

QUELLEN

Stearns, P.N., 2006: Consumerism in world history. Abingdon, Oxfordshire: Routledge

UNEP, 2021a: Ecosystem restoration for people, nature and climate

<https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/36251/ERPNC.pdf>

UNEP, 2021b: Frieden machen mit der Natur

<https://wedocs.unep.org/xmlui/bitstream/handle/20.500.11822/34948/MPN.pdf>



MAHWISH GUL

ist Entwicklungsberaterin und lebt in Nairobi. Sofern nicht anders angegeben, basiert dieser Artikel auf

Informationen der UN und der UNEP. Die beiden wichtigsten UNEP-Quellen sind angegeben.

mahwish.gul@gmail.com



Haupteinkaufsstraße
in der Frankfurter
Innenstadt.

REZESSION

Verluste für Mittelschicht

Viele Einwohner von Porto-Novo und Cotonou, die bis vor Kurzem zur Mittelklasse Benins zählten, haben ihren Wohlstand eingebüßt – nicht nur wegen der Pandemie und des dadurch verursachten Wirtschaftseinbruchs. Die Behörden hoffen, dass eine gute Ernte die Wirtschaft wieder stärken könnte.

Von Karim Okanla

Der Wirtschaftsabschwung ist allgegenwärtig. Hunderte von rostigen Lkws parken entlang der 35 Kilometer langen Schnellstraße Cotonou–Porto-Novo. Viele Fahrzeuge stehen zum Verkauf, denn ihre Besitzer können sie sich nicht mehr leisten und brauchen dringend Geld.

Einige große Lagerhallen liegen seit fast zwei Jahren still. Die Krise setzte ein, als das Nachbarland Nigeria seine Landesgrenzen schloss (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/05). Als Gründe nannte die nigerianische Regierung Schmuggel und Sicherheitsbedenken.

Die Grenzschießung traf besonders Unternehmen, die darauf spezialisiert waren, im Ausland hergestellte Waren nach Benin einzuführen und dann nach Nigeria

zu exportieren – dazu zählten Reis, Weizenmehl, Speiseöl und Tomatenmark.

Geschäftsleute machen einen Großteil des Mittelstandes in Benin aus. Es wird gesagt, dass viele mit Bankkrediten in Verzug geraten seien. Die ehemals Wohlhabenden haben nun zu leiden. Neben Eigentümern gehören auch Top-Manager und hochrangige Regierungsbeamte zur Mittelschicht. Während Erstere von der aktuellen Krise betroffen sind, haben Letztere im Zuge der Staatsreformen Vergünstigungen und Privilegien verloren – und damit auch weitgehend ihre Möglichkeiten, über Bestechungsgelder an Schwarzgeld zu kommen. Lysiane Gnansounou, die einen guten Job im Finanzsektor hat, sagt, viele seien zu bescheidenen Lebensstilen und Konsumgewohnheiten gezwungen.

Wer zu Benins oberer Mittelschicht gehört, ist tatsächlich recht reich und lebt in mehrstöckigen Häusern in ruhigen, sauberen und relativ sicheren Vierteln der beiden wichtigsten Städte Porto-Novo und Cotonou – und besitzt sie oft auch. Oft sind sie mit teuren italienischen Möbeln und Haushaltsgeräten aus Japan, China oder Südkorea ausgestattet. Weitere Statussymbole sind

vollklimatisierte Toyota-Landrover oder auffällige Mercedes-Benz-Allradantriebe.

Natürlich hat die Corona-Pandemie auch Auswirkungen. Die typischen großen Wochenend-Partys sind selten geworden. Vor Corona haben wohlhabende Leute für Hochzeiten, Taufen oder Geburtstagspartys gerne tief in die Tasche gegriffen. Auch Beerdigungen und Voodoo-Rituale waren oft aufwendig.

Die Mittelschicht ist generell international ausgerichtet. Wer es sich leisten kann, reist nach Marokko oder Südafrika zu medizinischen Behandlungen, die unteren Schichten fahren in die Elfenbeinküste oder den Senegal. Auch Ferienreisen ins Ausland sind beliebt, wobei die Reichsten ihren Urlaub in Frankreich, Italien oder Spanien verbringen.

Wohlhabende Familien schicken ihre Kinder auf Privatschulen und Colleges, deren Kosten bisweilen umgerechnet mehr als 1500 Dollar pro Jahr und Kind betragen. Natürlich kann sich das auch nicht jeder leisten, der zur Mittelschicht zählt.

Vor ein paar Jahren veröffentlichte die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) zusammen mit anderen Organisationen einen Bericht, der besagt, dass Menschen in Afrika mit einem jährlichen Einkommen von etwa 4000 Euro als Mittelschicht gelten können. Das durchschnittliche Monatseinkommen in Benin hingegen lag vor Beginn der Pandemie bei nur 62 Euro.

Die Corona-Krise hat den wirtschaftlichen Abschwung, der mit der Schließung der nigerianischen Grenze begann, verstärkt. Mit sinkender Nachfrage wurden im formalen Sektor Stellen abgebaut. Der Anteil der Beniner, die komplett vom informellen Sektor abhängig sind – wo Einkommen niedrig sind und soziale Absicherung nicht existiert –, ist gestiegen. Die Behörden in Benin setzen ihre Hoffnung nun auf gute Baumwoll- und Cashew-Ernten im Jahr 2021. Das könnte der Beginn einer Erholung sein. Die Economist Intelligence Unit verkündete im April, sie erwarte 2021 ein Wachstum von 2,4 Prozent und im nächsten Jahr sogar 4,5 Prozent. Die Analysten aus London warnten jedoch, ein Impfstoffmangel könne die Erholung des westafrikanischen Landes verzögern.



Eine gute Baumwollernte könnte helfen.



KARIM OKANLA
ist Mediendozent und
freiberuflicher Autor in Benin.

karimokanla@yahoo.com

SOZIALE MOBILITÄT

Aufstieg aus der Armut

Nepals Mittelschicht ist in den vergangenen Jahren gewachsen. Das ist eine gute Nachricht, allerdings wird die positive Entwicklung durch den Covid-19-bedingten Konjunkturanbruch gebremst. Auch das tief verwurzelte Kastensystem ist ein Hindernis.

Von Rukamane Maharjan

In Nepal wächst der Lebensstandard. Angesichts der langen Armutsgeschichte des Landes, des jahrzehntelangen Kampfs für Demokratie und des verheerenden Erdbebens von 2015 ist diese Entwicklung der vergangenen Jahre sehr zu begrüßen.

Vor zehn Jahren definierte die Asiatische Entwicklungsbank alle Personen als Mittelschichtsangehörige, die über eine Kaufkraft von zwei bis 20 US-Dollar am Tag verfügen – und wies darauf hin, dass die Mittelschicht in Nepal wächst. Der nationale „Living Standard Survey“ Nepals und die Weltbank kamen 2016 zu ähnlichen Ergebnissen.

Dieses Wachstum der Mittelschicht spiegelt einige bedeutende Entwicklungen wider:

- eine Bevölkerungsverschiebung vom Land in die Städte,
- ein höheres Bildungsniveau,

den untersuchten Jahren; Lohnanstiege in Wirtschaftsbereichen mit hoher Wertschöpfung für weitere 52 Prozent.

Dennoch bleibt Nepal eines der ärmsten Länder Asiens mit vergleichsweise geringem Wirtschaftswachstum, wie der Weltbankbericht „Climbing higher: Toward a middle-income Nepal“ 2017 feststellt. Nepals Pro-Kopf-Einkommen liegt hinter dem der anderen Volkswirtschaften der Region zurück, weshalb fraglich ist, ob der Aufwärtstrend weitergehen wird. Covid-19 hat die Wirtschaft, die bereits Anzeichen von Stagnation aufwies, hart getroffen.

Private Haushalte haben bei sinkendem Bruttoinlandsprodukts-Wachstum geringere Gestaltungsmöglichkeiten und ein erhöhtes Armutsrisiko. Dafür gibt es bereits einige Anzeichen: Der mehrdimensionale Armutsindex der Regierung, der neben dem Einkommen auch die Faktoren Gesundheit, Ernährung, Bildungschancen und Lebensstandard berücksichtigt, ermittelte 2018 eine Armutsquote von 28,6 Prozent.

DIE MITTELSCHICHT ERKENNEN

Nepals Mittelschicht wurde noch nicht erforscht, und es existieren keine verlässlichen Einkommensstatistiken. Es gibt aber Erfahrungsberichte, also nichtwissenschaftliche Hinweise oder Belege, auf die sich gestützt werden kann. Die nepalesische Mittelschicht lässt sich am einfachsten durch das definieren, was sie nicht ist. Sie ist wohlhabender als die Subsistenzbauern und die Arbeiter ohne eigenen Landbesitz. Zugleich ist sie ärmer als die Oberschicht, die zumeist Vermögen geerbt hat und mit den einstigen Herrscherklassen verbunden ist.

Auch die Ausgaben geben Hinweise: Mittelschichts-Nepalis erwirtschaften für gewöhnlich ein stabiles, angemessenes Einkommen aus einem Angestelltenverhältnis oder einem kleinen Unternehmen. Zwar können sie sich die teuren, englischsprachigen Privatschulen, die von der Oberschicht besucht werden, meist nicht leisten, wohl aber eine andere gute Ausbildung für ihre Kinder.

Die Mittelschicht lässt sich in zwei Untergruppen unterteilen. Die erste setzt sich aus Händlern, Unternehmern und Verwaltungsangestellten zusammen, die dem Bildungsbürgertum entstammen. Die zweite umfasst Menschen aus eher bescheidenen



Viele Familien aus der Mittelschicht verdienen sich ihren Lebensunterhalt mit einem kleinen Laden.

Nach Angaben der Weltbank zählt Nepal mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1090 US-Dollar im Jahr 2019 nun zu den Ländern mit sogenanntem „niedrigem mittlerem“ Einkommen. Als einkommensschwach gelten Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter 1030 US-Dollar.

- einen Trend von Arbeiter- und Dienstleistungsberufen hin zu mehr Angestelltenberufen und
- einen Anstieg der Rücküberweisungen von Nepalis aus dem Ausland.

Allein die Rücküberweisungen sorgten für 27 Prozent des Armutsrückgangs in

Verhältnissen, die dank guter Bildung zu Fach- und Führungskräften aufgestiegen sind. Auch die Art der Fortbewegung sagt etwas über die Mittelschicht aus. So nutzen Menschen aus der unteren Mittelschicht eher Fortbewegungsmittel wie Fahrräder oder Motorroller, Angehörige der oberen Mittelschicht hingegen Autos.

Viele Mitglieder der Mittelschicht besitzen ein kleines Haus oder andere Vermögenswerte wie Schmuck, einige auch Land. Auch der Gebrauch von bestimmten Konsumgütern wie Smartphones kann ein Hinweis sein. Häufig legen sie in gewissem Maß ein Konsumverhalten an den Tag, das den eigenen Status zur Schau stellen soll.

Zugleich hält die Mittelschicht aber auch an traditionellen Praktiken fest, von denen einige eher rückwärtsgewandt sind. Wenn zum Beispiel das traditionelle Hartalika-Teej-Fest gefeiert wird – ein hinduistisches Fest an jenem Tag, an dem Lord Shiva die Liebeserklärung der Göttin Parvati annahm –, waschen verheiratete Frauen traditionell die Füße ihrer Ehemänner und trinken vom Wasser des Fußbades. Auch tragen Mittelschichtsfamilien wohl dazu bei, kon-



servative Traditionen wie die Diskriminierung von Witwen zu bewahren.

Gesamtgesellschaftlich gesehen, treibt die Mittelschicht die Wirtschaft an, indem sie Unternehmen gründet. Außerdem sind die englischsprechenden Mittelschichtsangehörigen meist internationaler eingestellt als viele Menschen mit niedrigem Einkommen, die nur die lokalen Sprachen beherrschen.

Die Mittelschicht war maßgeblich an Nepals Aufstieg aus Armut und Diktatur beteiligt. Sie hat die Industrialisierung, Urbanisierung und Modernisierung der Wirtschaft vorangetrieben. Nach der

Wiedereinführung der Demokratie in den 1990er Jahren gründete sie unter anderem Tausende von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für eine fairere und gerechtere Gesellschaft einsetzen, auf die Rechenschaftspflicht der Regierung pochen und eine sozialgerechte Entwicklung vorantreiben.

Heute sind Spaziergänge durch die meisten nepalesischen Städte sehr reizvoll, und das ist vor allem der Mittelschicht zu verdanken. Restaurants mit bunten Schildern säumen die Straßen, und die Vielfalt an Boutiquen und Läden wächst stetig. Sie haben nicht nur das Bild der Hauptstadt Kathmandu und anderer Großstädte verändert, sondern auch die Ambitionen ihrer Bewohner. Es gibt immer noch viel Armut in Nepal, aber die wachsende und aktive Mittelschicht zeigt, dass ein Aufstieg möglich ist (siehe Kasten).



RUKAMANEE MAHARJAN
ist Juradozentin an der
Tribhuvan-Universität in
Kathmandu.
rukumaharjan@gmail.com

Erschwerter sozialen Aufstieg

Wie anderswo auch sind in Nepal sozioökonomische und traditionelle Kasten miteinander verknüpft. Mitglieder der oberen Kasten wie die Brahmanen, die Chhetris und die Newars haben sowohl ein höheres Einkommen als auch einen höheren sozialen Status als alle anderen, sowie die besten Bildungs- und Berufschancen, so dass sie ihren Wohlstand mehr und aufrechterhalten können. Angehörige unterer Kasten und religiöser Minderheiten hingegen haben ein niedrigeres Einkommen, einen geringeren Lebensstandard und allgemein weniger Chancen und Möglichkeiten im Leben.

Menschen aus den oberen Kasten bilden in der wirt-

schaftlichen Oberschicht die Mehrheit und sind auch in der Mittelschicht stark vertreten. Interessanterweise profitieren sie oft am meisten von Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit. Sie haben auch bessere Chancen auf Jobs in der New Economy.

Das Zusammenspiel von Kaste und Klasse ist komplex. Der Begriff „Intersektionalität“ beschreibt, dass das Einkommensniveau der Nepalis auch von Faktoren wie Ethnie, Klasse und Geschlecht abhängt. So entsteht ein System von Privilegien und Vorteilen auf der einen Seite und von Diskriminierung und Benachteiligung auf der anderen. Diese sich gegenseitig verstärkenden

Privilegierungssysteme und deren Analyse sind zu einem Dauerthema für Regierungsbeamte geworden, welche die Chancengleichheit in Nepal verbessern sollen.

Die Mitglieder der oberen Mittelschicht gehen davon aus, dass ihr gehobener Status auf ihrem individuellen Verdienst beruht. Doch schon lange ist die obere Kaste – in die man geboren wird und die man nicht durch Leistung erreicht – mit hohem Einkommen und Führungspositionen verbunden. Die Mitglieder dieser Gruppe, meist Nachkommen von Verwaltungsbeamten, Gouverneuren und militärischen Eliten, bestehen etwa darauf, dass höhere Beamtenstellen ausschließlich nach dem Leistungsprinzip vergeben werden. Einige sehen dies nicht mehr gegeben,

wenn Intersektionalität bei der Bewerberauswahl zu viel Beachtung findet.

Der Aufstieg in die Oberschicht bleibt schwierig. Sowohl aufgrund vererbter Privilegien, aber auch aufgrund des Steuersystems, das es Menschen aus der Mittelschicht erschwert, Vermögen aufzubauen. Unzureichende öffentliche Dienstleistungen wiederum erschweren es armen Menschen, in die Mittelschicht aufzusteigen. Die öffentliche Gesundheitsversorgung und das Schulsystem sind mangelhaft (siehe Abhishek Thapa im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2021/04). All dies verhindert einen Aufstieg in andere Einkommensklassen. Dieser ist heute zwar möglich, der Weg dahin könnte aber freier und weniger hindernisreich sein. RM



Ein Künstler würdigt die Arbeit von Pflegenden und Ärzten.

REZENSION

Herber Covid-Rückschlag

Mehrere aktuelle Veröffentlichungen zeigen, dass Covid-19 das Wachstum der Mittelschicht unterbrochen und die Armut verschlimmert hat.

Von Maren van Treel und Rishikesh Thapa

Die Covid-19-Pandemie hat das Wachstum der Mittelschicht international zum Stillstand gebracht und zu einem starken Anstieg der Armut geführt. Das ist das zentrale Ergebnis einer Analyse des Pew Research Center auf der Basis von Weltbankdaten.

Von 2019 bis 2020 blieb die globale Mittelschicht in ihrer Größe demnach nahezu unverändert und umfasste 2020 rund 1,32 Milliarden Menschen (gegenüber 1,34 Milliarden im Jahr 2019). Von 2011 bis 2019 sei sie um durchschnittlich 54 Millionen Menschen pro Jahr gewachsen. Ähnliches Wachstum sei für 2020 erwartet worden, heißt es, sei aber wegen der Pandemie ausgeblieben. Die Autoren gehen davon aus, dass die Mittelschicht nun 17,1 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht statt erhoffter 17,8 Prozent. In der Studie werden die Mitglieder der Mittelschicht über eine Kaufkraft zwischen 10 und 20 Dollar pro Person und Tag definiert.

In einigen Weltregionen schrumpfte die Mittelschicht sogar den Angaben zufolge – und zwar besonders deutlich in Südasien und Ostasien/Pazifik. In beiden Regionen

sei sie im Vergleich zu Europa und Nordamerika relativ klein gewesen. Andererseits lebe ein Drittel der globalen Mittelschicht in China, das durch das Coronavirus keinen starken wirtschaftlichen Einbruch erlitt.

Die Armut hingegen hat deutlich zugenommen, wie Pew ausführte. 2020 habe sie 803 Millionen Menschen betroffen – 131 Millionen mehr als vor der Pandemie erwartet. Nun seien rund zehn Prozent der Weltbevölkerung arm. Dabei gelten zwei Dollar Kaufkraft pro Kopf und Tag als Armutsgrenze.

Vor der Pandemie wurde prognostiziert, dass der Anteil der Betroffenen von seinerzeit neun Prozent auf ein Rekordtief von 8,7 Prozent fallen würde. Covid-19 hat also laut Pew Fortschritte im Kampf gegen die Armut zunichtegemacht, die nun wieder grob dem Niveau von 2017 entspreche. Von 2011 bis 2019 seien im Schnitt 49 Millionen Menschen pro Jahr der Armut entkommen. Besonders stark angestiegen sei sie in Südasien (plus 78 Millionen Menschen) sowie in Subsahara-Afrika (plus 40 Millionen Menschen).

Die Zahl der Menschen, die von 50 Dollar pro Tag oder mehr leben, ist den Daten zufolge gesunken und liegt weltweit bei geschätzten 531 Millionen. Das seien 62 Millionen weniger, als vor der Pandemie vorhergesagt wurde. Von 2011 bis 2019 sei diese Schicht noch um durchschnittlich 15 Millionen pro Jahr gewachsen. Die

Pandemie hat laut Pew also auch den wirtschaftlichen Wohlstand der Menschen mit hohem Einkommen getroffen.

Absolute Armut ist weltweit nach wie vor ein großes Problem. Ende letzten Jahres litten fast 690 Millionen Menschen an chronischem Hunger und 135 Millionen Menschen an akuter Ernährungsunsicherheit, wie die aktuelle Ausgabe des Global Hunger Index (GHI) besagt. Er wird jedes Jahr von den beiden zivilgesellschaftlichen Organisationen Welthungerhilfe und Concern Worldwide erstellt.

Ein Oxfam-Bericht mit dem Titel „The Inequality Virus“ kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Er bewertet die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und urteilt, es habe zwar in den vergangenen zwei Jahrzehnten Fortschritte bei der Armutsbekämpfung gegeben, aber Ungleichheit habe zugenommen. Oxfam zufolge hat sich das Vermögen der 1000 reichsten Milliardäre in der Pandemie nicht nur sehr schnell erholt – von März bis Dezember 2020 sei das Gesamtvermögen aller Milliardäre sogar um 3,9 Billionen Dollar gewachsen.

Nach Weltbank-Schätzung lebt etwa die Hälfte der Weltbevölkerung von weniger als 5,50 Dollar pro Tag. Oxfam geht davon aus, dass die Zahl der Menschen, die in diesem Sinn arm sind, im Jahr 2020 um 200 bis 500 Millionen gestiegen sein könnte.

LINKS

Oxfam International, 2021, The Inequality Virus.

<https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621149/bp-the-inequality-virus-250121-en.pdf>

Pew Research Center, 2021, The Pandemic Stalls Growth in the Global Middle Class, Pushes Poverty Up Sharply.

<https://www.pewresearch.org/global/2021/03/18/the-pandemic-stalls-growth-in-the-global-middle-class-pushes-poverty-up-sharply/>

Welthungerhilfe und Concern Worldwide: Global Hunger Index. <https://www.globalhungerindex.org/pdf/en/2020.pdf>



MAREN VAN TREEL
ist Redaktionsvolontärin bei
FAZIT Communication.
maren.van-treel@fazit-communication.de

RISHIKESH THAPA
ist Praktikant bei E+Z/D+C (siehe S. 7).



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc

Editorial office D+C
19.070 Tweets



D+C

Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ow.ly/N8IV30knGm

Frankfurt, Germany dandc.eu Seit Januar 2010 bei Twitter

2.221 Folge ich 13.383 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

D+C Editorial office D+C @forumdc · 30 Min.
Anyone with a serious interest in our content can currently sign up for a free print subscription
ms.spr.ly/6015nuuZ9

#development #sustainability #globaldev #SDGs @SDGoals @SDG2030



Anyone with a serious interest in our content can c...
Any institution involved in global development affairs and any person with a serious interest in the...
dandc.eu

D+C Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.
Campaigning online for Dalit rights
ms.spr.ly/6014n99EE

Twitter durchsuchen

Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten:

Registrieren



Was dir gefallen könnte

Ryan Thomas
@My3_Ideas

Folgen

Nuti Paolo
@Nuti_Paolo

Folgen

Abul Verma
@AbulDinpro

Folgen

Mehr anzeigen

Trends für dich

Unterhaltung - Trends

#Loki

132.000 Tweets

Trend in Deutschland

#meinKindtwittet

